



**Bürger
initiative**
Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rundschau

Wir sind die Wendeln: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

V-VI/2018 • #1066

Gorleben

40 Jahre Atom-Widerstand haben Region und Nation einen Stempel aufgedrückt. Gorleben steht heute für das Scheitern und die Gestaltung von Demokratie in Deutschland.

Brokdorf

Schon in diesem Herbst könnte erneut ein Castortransport rollen. Diesmal würde sein Ziel nicht Gorleben sein, sondern aller Voraussicht nach Brokdorf in Schleswig-Holstein.

Bure

Das französische Bure erlebt derzeit, was auch in Gorleben vor 30 Jahren geschah: Für ein Endlager werden Aktivist/-innen kontrolliert, drangsaliert und kriminalisiert.

Grußwort

Was macht das Wendland so besonders?

Die Naturpotenziale des Biosphärenreservats und die Rundlinge sind als Besonderheiten des Wendlands gesetzt. Wir Menschen hier sind Atomkraftgegner, natürlich nicht von Geburt an. Persönliche Erfahrungen mit der Staatsgewalt hatten bekehrende Wirkung, auch für stramme Befürworter der Atomtechnologie.

Bei allem Protest „So nicht!“, stand auch immer die Frage: „Wie denn sonst, wenn nicht so?“

Mit dem geplanten „Nuklearen Entsorgungszentrum“ versprach uns der ehemalige Ministerpräsident Ernst Albrecht blühende Landschaften. Alle Sorgen dieser „abgehängten Region“ sollten behoben werden. „Mein lieber Herr Albrecht! So nicht!“

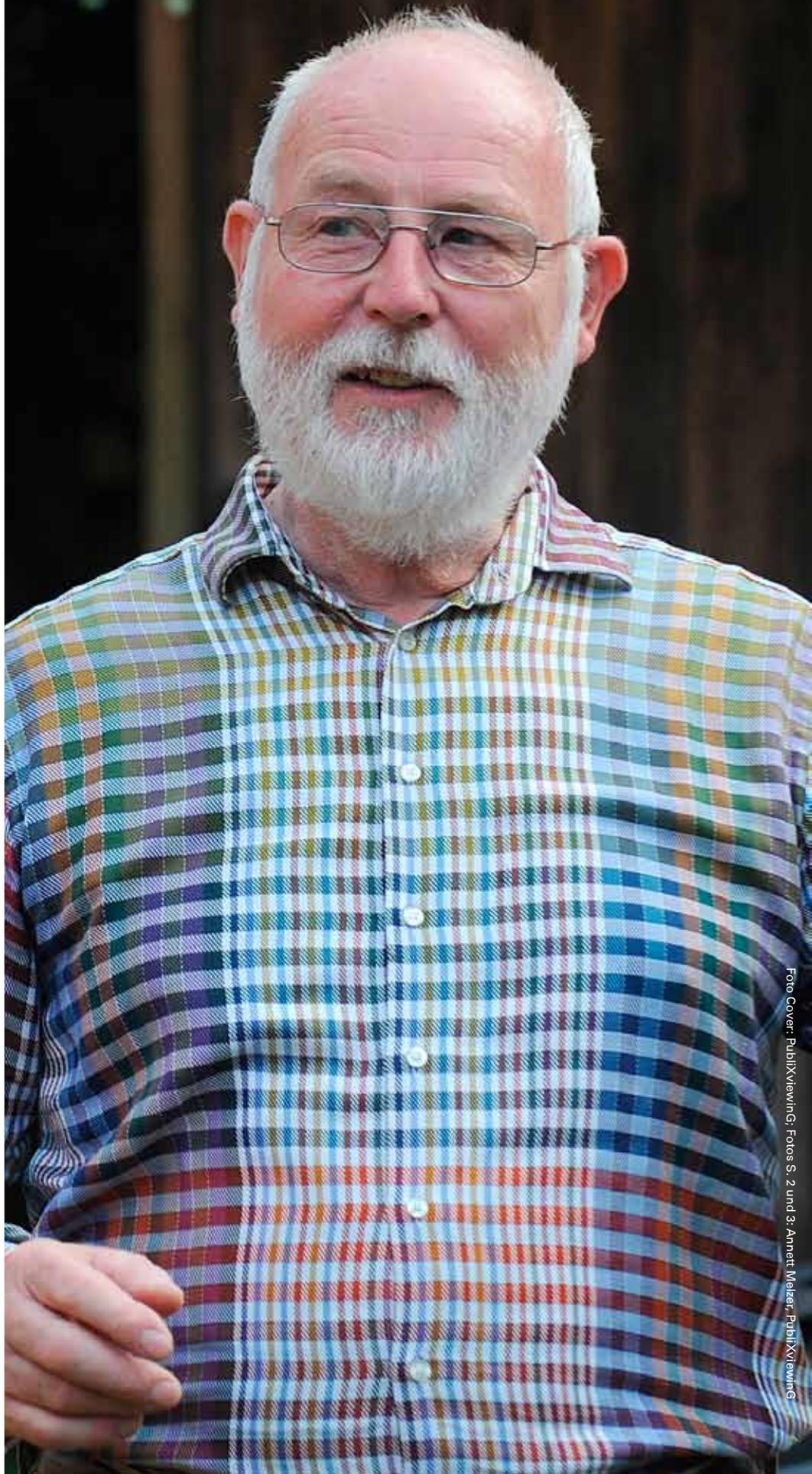
Unsere persönliche Antwort auf die Frage: „Wie denn, wenn nicht so?“ war seit 1985 der Pfingstmarkt Kukatä, um mit „Handwerk und Kunst“ die Region zu bereichern. Diese Idee war erfolgreich. Dann gab es 1985 diese unvergessene Aktion „Hart an der Grenze“, eine Reise in vier Bussen über zwölf Stunden entlang der Grenzen des Landkreises zu wunderbaren und wunden Punkten. Erfahrungen, die Mut machten, mehr zu wagen. Der Anfang der Wunde.r.punkte war mühsam: „Da kommen Leute, pinkeln mir in der Garten und treten die Blumen platt!“ Erst die Landschaftskunstaktion „Aus allen Wolken“ brachte 1990 den ultimativen Erfolg dieser unendlichen KLP-Gesichte.

Ohne Widerstand gegen die Atomanlagen in Gorleben und anderswo ist die Kulturelle Landpartie im Wendland undenkbar, es sind Geschwister. Und das Besondere?

Zum 29. Male zeigen hier viele Menschen, wovon und wofür sie leben. Sie demonstrieren, dass sie für viele Lebensbereiche Alternativen entwickelt haben, für ihre Ideen brennen und für ihre Überzeugungen werben. Gegen Atomkraft zu protestieren ist eine Sache. Alternativen für eine lebenswerte Zukunft zu entwickeln eine andere.

Michael Seelig

Mit-Gründer der Kulturellen Landpartie



Da ist sie endlich wieder, die freundliche Sonne, und teilt überreichlich aus. Ihre Strahlen wärmen Wasser und Boden, lassen Pflanzen sprießen, Winde wehen und schaffen in Kooperation mit der fruchtbaren Erde Nahrung, Energie und Baumaterial für Milliarden von Menschen. Eigentlich wäre alles im Überfluss vorhanden, und wir Sterblichen könnten in einem Paradies auf Erden leben – wäre da nicht die alte Geschichte von Kain und Abel und die allgemeine menschliche Gier. Einige wollten schon immer (bedeutend) mehr als andere haben und strebten nach der Macht. Sprachlich lässt sich das Wort Macht durch Gewalt ersetzen: Mit Gewalt wurden Menschen und Völker unterworfen, mit Gewalt wurden Nationen erschaffen, mit Gewalt Territorien ausgedehnt und nur mit dem Monopol auf Gewalt lassen sich hochkomplexe Staatsgebilde durch die Zeiten erhalten. Mit Gewalt wurden auch Bodenschätze und fossile Energieträger der Erde entrissen, um den Luxuskonsum eines geringen Teils der Menschheit zu bedienen. Da sollte es nicht verwundern,



Martin Donat,
Vorsitzender der
BI Lüchow-Dannenberg

dass nun auch die ewig Zweiten ihren Teil des Kuchens abhaben möchten. Wir berichteten bereits, aber jetzt war es eine Meldung wert: Zar Putin baut Sultan Erdogan sein erstes Atomkraftwerk. Und zeitgleich möchte Präsident Trump das Atomabkommen mit dem Iran aufkündigen. Und was ist unsere Rolle dabei? Wie wir es

seit Tausend Jahren als Kaufleute gewohnt sind, liefern wir der einen Seite Schwerter und der anderen Schilde und schöpfen die aus diesen Ländern fliehenden gutausgebildeten Arbeitssklaven ab. Klagen tun wir erst, wenn das Elendsproletariat und die Kriegstraumatisierten unseres Handel(n)s an unsere Haustüren klopfen und ihren Anteil an dem von ihnen geraubten Erdölreichtum fordern.

Und in Europa? Während in den ersten Ländern das postnukleare Zeitalter näher rückt, spitzt sich erwartungsgemäß die Atommüllsituation zu. In den ersten Nationen sollen Entscheidungen über ein Endlager gefällt werden. Hieß es noch im August, Endlagerung sei für die Schweden kein Problem, so stoppte im Januar ein Umweltgericht das Konzept der Atomindustrie als „nicht genehmigungsfähig“. In der Schweiz konnten bis zum März die Einwendungen gegen die Auswahl an Standortregionen für ein Tiefenlager an der deutschen Grenze eingereicht werden, und es zeigt sich, dass besonders deutsche Anliegergemeinden sich nicht ausreichend beteiligt sehen. Auch in Tschechien soll dies Jahr die Einengung auf vier Standorte erfolgen, und wieder sind es Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung, die auf der Strecke bleiben. Es ist die individuelle und kollektive Selbstbestimmung der Menschen, die sich erst in der jüngeren Geschichte mit den staatsrechtlich komplizierten Gebilden der jeweiligen Demokratien Einfluss verschaffen konnte, welche all diesen Entwicklungen konträr läuft. Es ist auch nur die Selbst- und konsequente Mitbestimmung der betroffenen Menschen, die all diesen gewalttätigen Bestrebungen die Stirn bieten und auch für das postnukleare Zeitalter einen verantwortlichen Umgang in Aussicht stellen kann.

Impressum

40. Jahrgang
Ausgabe 1066
Mai, Juni 2018

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Kontakt
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet
service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)
Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion
Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh),
Axel Kahrs (ak), Torben Klages (tk)
Hendrik Möllmann (hm), Nora Krohn (nk)

Produktion
Layout: Andreas Conradt
Korrektur: Helga Wallat

Druck, Papier, Farben
dieUmweltdruckerei GmbH, Hannover
Recyclingpapier: Circle Silk Premium White
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte
wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de



Birgit Huneke

www.Gorleben-Archiv.de

Unsere Geschichte

Die Initiative60 gründete sich 1983, als ein erster großer Nuklear-Transport angekündigt war. „Wir können doch nicht verantworten, dass die jungen Leute verstrahlt werden“, hatte jemand zu bedenken gegeben. „Lasst uns Ältere in die erste Reihe. Sollten wir Krebs bekommen, ist es nicht mehr so tragisch.“ Das wurde ihr Motto. Sie standen auf der Straße, wenn bevorstehende Atomtransporte ins Wendland rollten, und sie engagierten sich nach der Benennung von Dragahn als Standort für die geplante Wiederaufarbeitungsanlage. Die Mitglieder dieser Gruppe sind bereit, anstelle der Jugendlichen direkt im Gefahrenbereich zu agieren. Und sie bemühen sich um Spannungsausgleich zwischen Polizei und jugendlichen Atomgegnern. Dass die Initiative60 auch im musikalischen Bereich keine Hemmschwellen kennt, bewies sie vor den Toren des Zwischenlagers, als sie die Rock-Gruppe „fury in the slaughterhouse“ einlud und mit ihnen vor laufenden Kameras ihr eigens komponiertes Stück „Wir sind die Ini60“ sang. Bei der Auftaktkundgebung 2010 zum bevorstehenden Castor-transport waren viele in einem Alter, das es ihnen nicht möglich machte, lange Fußmärsche zum Kundgebungsort zu bewältigen. Die Lösung: Ein Bus sammelte sie samt Rollatoren und Gehhilfen ein und fuhr sie nach Splietau aufs Feld. In Sichtweite der großen Bühne war für die Mitglieder der Ini60 eine eigene Bühne gebaut worden. Ausgestattet mit Decken, Getränken, Klo und Betreuung hatten sie eine verdiente Pole Position und konnten so die Kundgebung bequem verfolgen. Auch wenn viele den Sechzigern längst entwachsen waren. (bh)

Gorleben I

Bürgerinitiative fordert Salzstudie

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) drängt darauf, dass sich das Nationale Begleitgremium (NBG), das die Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle moderieren soll, mit den Fehlern des bisherigen Verfahrens befasst, zumal einer dieser historischen Fehler, nämlich die jahrzehntelange Festlegung auf den Salzstock Gorleben-Rambow, in die Gegenwart und Zukunft hineinragt: Es geht um eine Studie des Bundesamtes für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) aus dem Jahr 1995, in der mögliche Salzlagerstätten auf ihre Eignung als nukleares Endlager für hochradioaktiven Müll ausgewiesen wurden. Pikant: Auftraggeber war damals ausgerechnet Prof. Klaus Töpfer, heute einer der beiden Vorsitzenden des NBG. Der hatte 1992 darauf bestanden, nach der Wiedervereinigung alle Salzformationen in Deutschland geologisch zu vergleichen, Gorleben blieb bei dem Vergleich aber außen vor: Es sollten Ersatz- oder Reserve-Standorte gesucht werden, falls Gorleben sich als ungeeignet erweist. Die BGR-Studie führte zu einer Liste mit einer Rang-

ordnung von untersuchungswürdigen, weniger untersuchungswürdigen und nicht untersuchungswürdigen Standorten. Bei der Vorstellung der Ergebnisse verstieg sich die Töpfer-Nachfolgerin Angela Merkel zu der Behauptung, die durch keinen Satz der Studie zu belegen war: „Gorleben bleibt 1. Wahl“. ➔¹ Schriftlich forderte nun der BI-Vorsitzende Martin Donat, dass das NBG eine Studie in Auftrag geben möge, in der die Daten aller Salzstöcke Deutschlands, also auch des Salzstocks Gorleben, nach den 1995 angewandten Kriterien verglichen und bewertet werden. „Das wäre ein Akt der Fairness und würde der Öffentlichkeit klar machen, wie falsch es ist, an Gorleben festzuhalten.“ (we)



Das Umweltministerium ist ein Modernisierungsministerium: Weg von gefährlichen Irrwegen wie der Atomkraft, hin zu Erneuerbaren Energien, Elektromobilität, Effizienztechnologien.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD)

Gorleben II

Holz, Geschichte, Euro und Bier

Eine schlichte Holzbohle mit einer besonderen Inschrift könnte bald zu einem der wichtigsten Exponate des Gorleben Archivs in Lüchow werden. „Botschaft der Republik Freies Wendland“ ist dort zu lesen, dazu sind die Datumsangabe 4.6.80 und die Anti-AKW-Sonne zu sehen. Insbesondere das Datum sieht die BI Lüchow-Dannenberg als Hinweis, dass die Bohle einst beim Bau einer Hütte auf der Tiefbohrstelle 1004 im Wald bei Gorleben verwendet worden sein könnte: Am 4. Juni 1980 wurde das Hüttendorf von Tausenden Polizisten geräumt und dem Erdboden gleich gemacht. Aufgetaucht ist die Bohle erst jetzt wieder, als Mitglieder eines Bürgervereins im Landkreis Diepholz dem Tischler Gerhard Rambs Holz für den Bau öffentlicher Bänke spendeten. „Die war mir zum Zersägen einfach zu schade.“ Rambs Nachforschungen zufolge wurde die Bohle seinerzeit von einem Polizisten entwendet und als Souvenir mitgenommen. Nach Angaben aus dem BI-Büro gab es viele Interessenten für das Holz. „Nun ist aber klar, dass die Bohle ans Gorleben Archiv geht“, so Büroleiter Torben Klages. „Für 100 Euro und einen Kasten Bier!“ (ac)

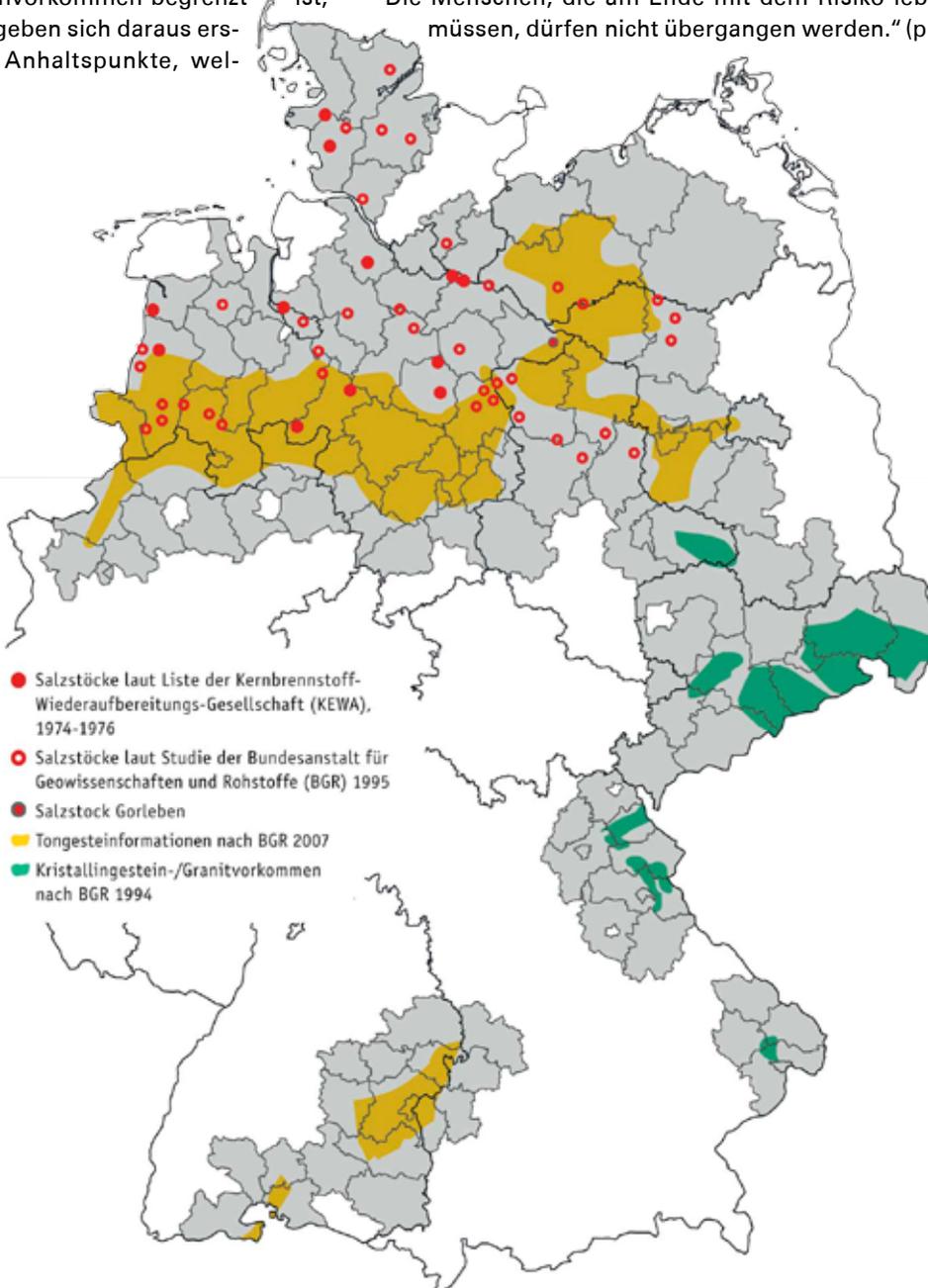


Suche nach Atommülllager

129 Landkreise und kreisfreie Städte können betroffen sein

Die bundesweit agierende Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt hat eine Karte veröffentlicht, in der 129 Landkreise und Städte eingezeichnet sind, die von der Suche nach einem tiefeingeologischen Lager für hochradioaktiven Atommüll betroffen sein können, da es auf ihrem Gebiet oder in direkter Nachbarschaft entsprechende Gesteinsformationen gibt. Der Suchprozess für ein solches langfristiges Lager wurde 2017 mit dem Standortauswahlgesetz (StandAG) neu gestartet und soll bis 2031 abgeschlossen sein. „Da die Suche laut Gesetz auf Regionen mit Salz-, Kristallin und Tonvorkommen begrenzt ist, ergeben sich daraus erste Anhaltspunkte, wel-

che Gebiete betroffen sein können“, erklärt Jochen Stay, Sprecher der Organisation. Auf der Basis vorhandener Studien der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe habe .ausgestrahlt die Regionen identifiziert, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit davon ausgehen könnten, in die Suche einbezogen zu werden. ↻² „Wichtig ist uns der Hinweis, dass die in der Karte eingezeichneten Regionen noch nicht von offizieller Seite ausgewählt sind, aber aufgrund ihrer geologischen Voraussetzungen potenziell für das Standortwahlverfahren infrage kommen“, so Stay. Die Karte würde bereits jetzt veröffentlicht, damit Betroffene sich frühzeitig informieren und selbst aktiv werden könnten. „Denn das vom Bundestag beschlossene Standortwahlverfahren gibt den Menschen in den entsprechenden Regionen keine Mitbestimmungsrechte. Wir fordern: Die Menschen, die am Ende mit dem Risiko leben müssen, dürfen nicht übergangen werden.“ (pm)



Quellen: Atommüll-Kommission, 2016: <http://bit.ly/2CTijQJ> (PDF-Seite 15); Greenpeace, 2013: www.knowledge-map.de/endlager-deutschland
 Durch neue Kriterien im StandAG können noch weitere Gebiete dazukommen, die in dieser Karte nicht eingezeichnet sind.



Torben Klages

BI-BÜro

Aktion und Politik

Fukushima war das Thema der ersten Demos des neuen Jahres. Eine kleine Delegation der BI reiste zur Kazuguruma-Demo nach Berlin – für das Wendland stand Günter Hermeyer am Rednerpult –, in Dannenberg kamen knapp 100 Menschen zur Mahnwache. Unterstützt von der Bäuerlichen Notgemeinschaft und der Trommelgruppe XAMBA zeigten die Anwesenden, dass Fukushima nicht vergessen ist. Ein Dokumentarfilm aus den betroffenen Gebieten rundete die Gedenkveranstaltungen ab. Am ersten März-Wochenende fand die Mitgliederversammlung der BI statt. Knapp siebzig Mitglieder und drei japanische Gäste nahmen teil. Der bisherige Vorstand wurde von der Versammlung für ein weiteres Jahr gewählt. Im April standen zwei Fachveranstaltungen an, bei denen Pressesprecher Wolfgang Ehmeke zur Zwischenlagerproblematik und zur Geschichte der Demokratieentwicklung am Beispiel des Wendlands diskutierte. Die AG gegen Fracking setzte ihre Info-Kampagne zur Bohrschlammgrube in Luckau mit einer öffentlichen Veranstaltung fort. „Bure ist überall – Solidarität mit dem französischen Gorleben“: Einem Bastel-Aktionstag zur Herstellung von Transparenten, Buttons und Masken folgte eine Info-Veranstaltung zur Lage im französischen Bure. Die Aktivistin Cecile Lecomte berichtete über das französische Projekt eines Lagers für hochradioaktiven Müll und erläuterte Handlungsoptionen zur Unterstützung. Ende April schließlich zeigte Falk Beyer anhand eines Vortrags zur Katastrophe von Tschernobyl noch einmal die dunkelste Seite der Atomkraftnutzung. (tk)



Andreas Conradt

Editor's Corner

Tödliche Umweltschützer

„Seien Sie vorsichtig mit Gesundheitsbüchern“, hat Mark Twain mal gesagt, „Sie können an einen Druckfehler sterben.“ Doch auch jenseits des geschriebenen Worts lauert Gefahr in der Sprache, und sie könnte dereinst nicht weniger tödlich sein. Auch wir, die Anti-Atom-Bewegung, tun uns oft schwer mit dem sauberen Formulieren: Wie schnell ist da vom „Endlager“ die Rede, gelegentlich etwas hilflos abgeschwächt durch ein vorangestelltes „so genanntes“. „Kernkraft“, „Wiederaufarbeitung“ und „Entsorgung“ sind weitere unschöne Beispiele für die Relativierung monströser Vorgänge durch Sprache. Dagegen regte und regt sich Widerstand im Widerstand, mal eloquent („Atomkraft“), mal holprig („Extraktion von Material zum Bau von Atombomben“), aber immer bemüht darum, den Dingen die Bedeutung zu geben, die ihnen wirklich zukommt. In letzter Zeit aber stößt mir immer häufiger ein Wort auf, das auch mich meint: „Umweltschützer“. Es ist in Nachrichten zu hören, wenn über Demos oder von Aktionen berichtet wird: „Umweltschützer haben in der Nacht ...“

Das klingt mir wie eine Berufsbezeichnung, wie ein Synonym für eine Gruppe von Menschen, die für etwas bestimmtes zuständig ist: den Schutz der Umwelt. Es suggeriert allen anderen: „Ich muss mich nicht kümmern, die machen das.“ Damit steht der „Umweltschützer“ sprachlich in einer Reihe mit den „Gewerkschaftern“ oder „Kegelbrüdern“. Während aber diese beiden Gruppen Partikularinteressen vertreten, sollte (nein: muss!) der Schutz der Umwelt (besser: Lebensgrundlage) in unser aller Interesse sein. Das Wort „Umweltschützer“ könnte sonst tödlich sein. (ac)

Crowdfunding-Kampagne

Dokumentation: Ein strahlendes Land

Radioaktive Strahlung ist in Deutschland viel weiter verbreitet als wir gemeinhin annehmen. Davon jedenfalls ist der freie Journalist und Dozent Marvin Oppong aus Bonn überzeugt. Um das zu dokumentieren, ist er zwei Jahre lang mit Geigerzähler und Kamera durch die Bundesrepublik gereist. ↻³ „Ich war bei verschiedenen Nuklearanlagen, an einem radioaktiv kontaminierten Einkaufsgelände in Süddeutschland, auf einem strahlenden Bolzplatz neben einer Kita in Sachsen und habe im Bayerischen Wald durch Tschernobyl radioaktiv belastete Pilze aufgespürt.“ Den nordrhein-westfälischen Umweltminister Johannes Remmel konnte der Journalist mit der Atompolitik konfrontieren und die damalige Bundesumweltministerin Barbara Hendricks zur illegalen Lagerung von Atommüll in Deutschland zur Rede stellen. Immer dabei war die Kamera. „Zwei Jahre lang habe ich intensiv recherchiert, mit Wissenschaftler/-innen, Anwohner/-innen, Nuklearfirmen, Kernkraftwerksbetreibern und politisch Verantwortlichen gesprochen und Informationen zu Uranaltlasten in Ostdeutschland oder erhöhten Leukämiewerten in der Elbmarsch gesammelt. Dabei konnte ich eine Menge an Filmmaterial, Dokumenten und Erkenntnissen zusammentragen, die ein ge-



naueres Bild des nuklearen Komplexes in Deutschland erlauben. Aus dem Material soll nun mit Unterstützung eines Crowdfunding ein investigativer Low-Budget-Dokumentarfilm entstehen, der im Fernsehen ausgestrahlt, in Kinos oder bei Veranstaltungen gezeigt oder als Downloadfilm verkauft werden soll. Dafür sucht Oppong mittels seiner Internet-Kampagne noch Unterstützer, die sich für menschengemachte erhöhte Radioaktivität in Deutschland interessieren und unabhängigen Journalismus jenseits des Mainstreams unterstützen möchten. (gr)

Anti-Atom-Bewegung

Finanzierung für NeNuG



Die Finanzierung des „Netzwerks Nukleares Gedächtnis“ (NeNuG; GR berichtete) ist vorerst gesichert. Wie Asta von Oppen vom Netzwerk mitteilte, wird die „Stiftung Zukunftserbe“ die Arbeit in den nächsten zwei Jahren mit Reisekosten, Spesen und einem kleinen Budget für Werkverträge unterstützen. ↻⁴ Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ist sogar bereit, das NeNuG auf längere Sicht zu fördern. Voraussetzung ist allerdings, dass das Netzwerk einen entsprechenden Träger findet. Auf der letzten Sitzung des Nationalen Belegitimationsgremiums äußerte die Vorsitzende Miranda Schreurs zudem den Wunsch, einen Workshop zur Aufarbeitung der Vergangenheit zu organisieren, um „altes Wissen an die jüngere Generation“ weitergeben zu können. (gr)

Atommüll

Export in die USA?

Die amerikanische Umweltverträglichkeitsprüfung zur Übernahme von 455 deutschen Castoren aus Jülich und Ahaus ist positiv abgeschlossen worden. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, dass deutsche Gelder zur Entwicklung der auf dem US-Militärgelände „Svannah River Site“ (SRS) geplanten Wiederaufarbeitung der Brennelementkugeln in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro fließen können. „Dies ist noch kein Beschluss für den Export des Atommülls“, erklärt Tom Clements von der amerikanischen Umweltorganisation „SRS Watch“. ↻⁵ „Aber es ist ein Schritt in die Richtung.“ Ein Transport würde ohnehin erst um das Jahr 2030 durchgeführt werden. Der Atommüll stammt aus deutschen Forschungsreaktoren, für die die USA als Teil des Programms „Atoms for Peace“ in den Jahren 1965 bis 1988 hoch angereichertes Uran an Deutschland geliefert hatten. (ac)

Strahlenschutz

Wissensplattform ist jetzt online

Das Bundesumweltministerium (BMU) hat gemeinsam mit den Bundesländern, dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) ein Portal zur Sicherheit in der Kerntechnik entwickelt. Nun wurde die Wissensplattform in deutscher und englischer Sprache freigeschaltet. ➔⁶ Nach dem Atomgesetz sind Bund und Länder für die nukleare Sicherheit zuständig. Bislang mussten interessierte Bürgerinnen und Bürger auf den verschiedenen Internetseiten der Bundes- und Landesbehörden Informationen zu kerntechnischen Anlagen, Genehmigungs-

ungsverfahren, der Atomaufsicht in Deutschland und Europa sowie zum Notfallschutz aufwändig recherchieren. Ab sofort bündelt die gemeinsame Plattform dieses Wissen in fünf Themenblöcken und ermöglicht somit einen vereinfachten Zugang. (pm)



Umweltinitiativen

Erwartungen an die neue Bundesregierung

Anti-AKW- und Anti-Braunkohle-Initiativen aus NRW und Niedersachsen sowie mehrere Umweltverbände fordern von der neuen Bundesregierung und Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) einen Neustart in der Klima- und Atompolitik. Schulze übernehme das Amt zu einer Zeit, da fast alle wichtigen Umweltthemen ungelöst seien: Deutschland verfehle deutlich die selbst gesteckten Klimaziele 2020, das Beharren auf der Braunkohle und der Kohleverstromung sei klimapolitisch unverantwortlich, die Bundesrepublik steige zu langsam aus der Atomenergie aus und beliefe weiterhin gefährliche Pannereaktoren in Belgien, Frankreich, Finnland und der Ukraine mit Uranbrennstoff aus Gronau und Lingen. Ungelöst sei zudem die Atommülllagerung. Auch das Problem der mangelhaften Sicherheit alter Atomreaktoren in der EU werde im Koalitionsvertrag nur vage angesprochen. „Wir erwarten deshalb einen ambitionierten Neustart. Die Klimaziele 2020 können durch schnelle Abschaltungen der drecksigsten Kohlekraftwerke noch erreicht werden. Darüber hinaus braucht es als Rahmen für die Kohlekommission ein verbindliches Kohleausstiegsgesetz, um aus der jetzigen Klima-Sackgasse herauszusteigern“, so Andreas Büttgen, Vor-

sitzender der Tagbaurand-Initiative „Buirer für Buir“. „Selbst im einstigen Zechenland NRW fordert eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung einen frühzeitigen Abschied von der klimaschädlichen Braunkohle. Hier muss es der Ministerin gelingen, einen tragfähigen gesellschaftlichen Konsens zu erreichen. Neben der Atomenergie ist die Kohleverbrennung ein Auslaufmodell des 21. Jahrhunderts“, assistiert Josef Tumbrinck, der Landesvorsitzende des NABU NRW. „In der Atompolitik sind rasche Antrittsbesuche der neuen Umweltministerin in Belgien und Frankreich notwendig, um den grenzüberschreitenden Atomausstieg voranzutreiben. Gleichzeitig muss Ministerin Schulze ein schnelles Ende der Urananreicherungsanlage Gronau und der Brennelementefabrik Lingen einläuten. Wer die Belieferung gefährlicher Reaktoren zulässt, ist für etwaige Störfälle mitverantwortlich“, so Christina Burchert vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen. „Mittlerweile haben fast eine halbe Million Menschen über die Ländergrenzen hinweg mit ihrer Unterschrift den Stopp der belgischen Risereaktoren Tihange und Doel sowie der Brennelement-Exporte aus Deutschland gefordert. Die neue Bundesumweltministerin sollte hier zügig aktiv werden und sich nicht wegduckern“, sagte Robert Borsch-Laaks von der Aachener Initiative 3 Rosen e.V., die die Petitions-Kampagne koordiniert. „Weitere wichtige Baustellen sind die Beschleunigung des Atomausstiegs einschließlich der umgehenden Abschaltung der AKW Lingen und Grohnde sowie ein verbindlicher Verzicht auf die gescheiterten Atommüll-Endlagerprojekte Gorleben und Schacht Konrad. Atompolitisch ist deshalb auch ein frühzeitiges Spitzentreffen der Umweltministerin mit den Ländern NRW und Niedersachsen sehr wichtig“, so Kerstin Rudek von der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. (pm)



Hendrik Möllmann

Wandel im Wendland
Unverpackt

Plastik ist mittlerweile allgegenwärtig. Nichts wird nicht aus Plastik hergestellt, oftmals ist es schwer, das, was man sucht, nicht aus Plastik zu bekommen. Der Kunststoff ist für die meisten mittlerweile selbstverständlich geworden. Der größte Anteil sind Einwegverpackungen die direkt im Müll landen. Dabei wird Plastik meist aus erdölbasierten Rohstoffen hergestellt, was eine Katastrophe für das Klima ist. Doch der Müll ist besonders problematisch, da er sich nicht zersetzt, sondern in Mikroplastik zerfällt. Die winzigen Partikel gelangen über unsere Gewässer ins Meer, werden von Fischen aufgenommen und landet so wieder auf unserem Teller. Viele Tiere verenden qualvoll an großen aber auch winzig kleinen Plastikteilchen. Mit einem erfolgreichen Crowdfunding starteten Hendrik und Maria Möllmann darum Anfang dieses Jahres das Projekt „AbfüllBar Wendland“. Dort soll eine bisher einzigartige Struktur entstehen, die es erheblich erleichtern wird, unverpackt einzukaufen. Für einen reinen „Unverpackt-Laden“ ist der Landkreis Lüchow-Dannenberg zu groß und zu dünn besiedelt. Anders als in den Städten will die „AbfüllBar“ deshalb bestehende Strukturen nutzen und die Bioläden mit Lebensmittel-Spendern ausstatten und mit unverpackter Ware beliefern. Die Läden haben so die Möglichkeit, ihren Kunden ein spezielles, unverpacktes Sortiment anzubieten und können risikofrei weitere Kundenkreise von den Vorteilen des abfallfreien Einkaufens überzeugen. Der Mehrwert für alle liegt dabei klar auf der Hand: Klimaschutz durch Abfallvermeidung. (hm)

Das Zwischenlager (Transportbehälterlager Gorleben, TBL) wird von der staatlichen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) betrieben. Das TBL befindet sich nordwestlich der Straße von Gorleben nach Gedelitz und umfasst:

- ▶ Das Fasslager für schwach und mittel aktiven Müll (LAW und MAW). Die Nutzung begann 1984. „Blähfässer“ aufgrund von Gasentwicklung in den Gebinden und der „Transnuklearskandal“ machten das Fasslager bundesweit bekannt. Trotz Stopps der Castortransporte werden heute noch mehrmals im Jahr frische LAW- und MAW-Gebinde angeliefert und abtransportiert.
- ▶ Die oberirdische Castorhalle hat Platz für 420 Behälter. Bislang lagern dort schon 113 Castoren mit hoch radioaktivem Müll. Die Behälter stehen aufrecht und werden elektronisch überwacht. Kühlung erfolgt nur durch Umgebungsluft, die nach außen abgeführt wird. Gegen Angriffe ist die Halle nicht ausreichend gesichert. Zurzeit sind die Castortransporte ausgesetzt.
- ▶ In der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) sollte ursprünglich getestet werden, wie hoch radioaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann, denn die Castoren sind zu schwer und groß, um sie unter Tage zu bringen. Sie steht seit einiger Zeit wieder im Fokus, weil in der PKA schadhafte Behälter repariert werden könnten. Bislang aber ist die PKA noch nie benutzt worden und darum nicht kontaminiert. Die Technik der PKA gilt inzwischen als veraltet.

Südöstlich der Straße betreibt die Bundesgesellschaft für Entsorgung (BGE) das so genannte Erkundungsbergwerk.

- ▶ Das Bergwerk wurde größer aufgeföhren, als es für die reine Erkundung notwendig wäre. Kritiker befürchten deshalb, dass das Endlager fast fertig gebaut ist. Derzeit ruht die Erkundung wegen des angeblichen „Neuanfangs“ bei der Endlagersuche. Ein Rückbau der martialischen Sicherung ist für 2018 angekündigt. Es befindet sich kein Atommüll im Bergwerk!

Rechtsextremismus Fachstelle hat Arbeit aufgenommen

Die Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz  (FARN) hat im Oktober 2017 ihre Arbeit aufgenommen. FARN untersucht die historischen und aktuellen Verknüpfungen des deutschen Natur- und Umweltschutzes mit extrem rechten und völkischen Strömungen. Die Fachstelle identifiziert rechtsextreme und menschenverachtende Ideologien und Denkmuster im Natur- und Umweltschutz und erarbeitet menschenbejahende und demokratiefördernde Gegenentwürfe. Naturschutz und Rechtsextremismus stellen für viele Menschen Gegensätze dar. Sie verbinden Natur- und Umweltschutz mit einem alternativen Lebensstil, mit demokratischen Werten und dem Einsatz für Menschenrechte. Dabei ist rechter „Naturschutz“ kein neues Phänomen. Neu ist höchstens, dass der allgemeine Rechtsruck es rechtsextremen Einzelpersonen und Gruppierungen ermöglicht, selbstbewusster im öffentlichen Raum aufzutreten. Die Zusammenarbeit mit extrem rechten Natur- und Umweltschützern ist abzulehnen. Natur- und Umweltschutz darf nicht ausgespielt werden gegen Demokratie und Menschenrechte. Ab sofort bietet FARN Information, Beratung und Qualifikation für Akteure des Natur- und Umweltschutzes, der Kinder- und Jugendhilfe sowie für Jugendliche und junge Erwachsene. Die ersten sechs Veranstaltungen beschäftigen sich mit natur- und umweltpolitischen Themen in Publikationen der extrem Rechten, mit nationalchauvinistischen Ideologien und Abwehrstrategien dagegen, mit biodiversitätssensibler Arbeit in Natur- und Umweltschutzverbänden, völkischen Traditionen im Naturschutz, Präventions- und Beratungsarbeit für Jugendliche und junge Erwachsene sowie der Sensibilisierung von Mitarbeitenden in der Presse- und Öffentlich-



keitsarbeit für gängige Sprachbilder und deren Anschlussfähigkeit für rechtes Gedankengut. Auch individuell auf die Bedürfnisse einzelner Organisationen zugeschnittene Seminare sind möglich. FARN wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert. (pm)

Endlagersuche Schweiz Bund empfiehlt Nachbesserungen bei deutschen Interessen

Die deutschen Interessen sind bei der Endlagersuche der Schweiz nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt worden. So lautet der Hauptkritikpunkt einer Stellungnahme, die das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) in Abstimmung mit dem Bundesumweltministerium (BMU) im Schweizer Beteiligungsverfahren Anfang März eingereicht hat. Bis dahin konnten unter anderem Behörden sowie Bürgerinnen und Bürger ihre Einwände zu den bisherigen Endlagerplänen im Nachbarland einreichen. „Es liegt in unserem Interesse, dass in der Schweiz wissenschaftlich fundiert nach Endlagerstandorten gesucht wird, die eine bestmögliche Sicherheit für Mensch und Umwelt bieten müssen“, sagte die damalige Umweltministerin Barbara Hendricks. Nach aktuellen Plänen liegen die Anlagen, in denen die radioaktiven Abfälle für das Endlager angeliefert und umgeladen werden, je-

doch in unmittelbarer Nähe zur deutschen Grenze, teilweise sogar näher an deutschen als an Schweizer Wohngebieten. „Bei den Entscheidungen muss unabhängig von der Entfernung zu den geplanten Anlagen nachvollziehbar sein, dass Sicherheitsaspekte im Vordergrund stehen“, sagte Wolfram König, Präsident des BfE. „Das wäre ein Beitrag dafür, dass Entscheidungen von den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen werden können“, so König. Die Behörde hat im Rahmen der offiziellen Beteiligung die Interessen auf deutscher Seite gebündelt und die bundesrepublikanische Öffentlichkeit über ihre Beteiligungsmöglichkeiten informiert. (pm)



Atomtransporte

Hamburger Hafen noch längst nicht atomfrei

Zwei der größten Akteure im Seegeschäft, die „Hamburger Hafen und Logistik AG“ (HHLA) und die Reederei Hapag Lloyd, wollen künftig auf den Umschlag von radioaktiver Fracht im Hamburger Hafen verzichten. So meldeten es Mitte April das Hamburger Abendblatt und der NDR. ⁸ Unterlassen werden soll allerdings nur der Umgang mit Kernbrennstoffen, nicht mit Stoffen, die zu deren Herstellung gebraucht werden. Insofern verzichte Hapag Lloyd auf gar nichts, teilte die Kampagne „Atomtransporte Hamburg stoppen“ ⁹ mit, denn die Reederei habe auch schon bisher nur solche Materialien transportiert, die zur Anreicherung erforderlich sind. Der Verzicht der HHLA ist schon

bedeutsamer. Etwa die Hälfte der Kernbrennstofftransporte in Hamburg wurden bisher über HHLA-Terminals abgewickelt. Doch auch hier wird der Umschlag der sonstigen radioaktiven Materialien, vor allem über das Terminal Altenwerder, weiter gehen – darauf wird nicht verzichtet. Die beiden anderen am Atomumschlag beteiligten Firmen Eurogate und Steinweg haben bisher keine Verzichtserklärung abgegeben. Da aber bei Steinweg „nur“ Uranerzkonzentrat umgeschlagen wird, würde ein Verzicht nur auf Kernbrennstoffe ebenso wie bei Hapag-Lloyd bedeutungslos sein. Die Kernbrennstofftransporte im Hamburger Hafen machten 2017 mit einer Anzahl von 21 und einer Masse von etwa 300 Tonnen nur einen geringen Teil aus gegenüber den Transporten sonstiger radioaktiver Stoffe – vor allem Uranerzkonzentrat und Uranhexafluorid – mit über 8000 Tonnen in 98 Transporten. „Der Großteil der Transporte über Hamburg wird also weiter gehen“, fasst eine Sprecherin von „Atomtransporte Hamburg stoppen“ zusammen. (ac)

In drei Phasen werden die Suchräume für ein Atom-„End“-Lager zunehmend eingengt. Die Vorschläge der Bundes-Gesellschaft für Endlagerung (BGE) werden am Ende jeder Phase vom Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) geprüft. Damit unterrichtet das Umweltministerium Bundestag und Bundesrat. Jede Phase endet mit einem Gesetz.

Phase 1: Ermittlung der Regionen für die *übertägige* Erkundung

Die BGE sammelt vorhandene Geo-Daten und wendet festgelegte Kriterien und Anforderungen auf sie an. Dann veröffentlicht sie ihren Vorschlag für Teilgebiete, den die „Fachkonferenz Teilgebiete“ aus Bürgern, Gemeindevertretern und Experten erörtert. Die BGE führt Sicherheitsuntersuchungen für die Teilgebiete durch und entwickelt Programme für die übertägige Erkundung. Nach Vorschlag der Standortregionen, richtet das BfE je eine „Regionalkonferenz“ ein, über die die Öffentlichkeit Stellung nehmen und Nachprüfungen fordern kann.

Im „Rat der Regionen“ kommen Vertreter der Regionalkonferenzen mit Vertretern der Zwischenlagergemeinden zusammen und begleiten das Verfahren aus überregionaler Sicht.

Phase 2: Ermittlung der Standorte für die *untertägige* Erkundung

Die BGE erkundet übertägig, führt weiterentwickelte Sicherheitsuntersuchungen sowie sozioökonomische Potenzialanalysen durch. Sie wendet zur Ermittlung der Orte für die untertägige Erkundung erneut Kriterien und Anforderungen an und erarbeitet Programme für die untertägige Erkundung.

Phase 3: Festlegung des Standortes für die Endlagerung

Die BGE erkundet die Standorte untertägig und führt Sicherheitsuntersuchungen durch. Sie wendet erneut die gesetzlich festgelegten Kriterien an und erstellt dann einen Standortvorschlag für das Endlager einschließlich eines zugrunde liegenden Standortvergleichs von mindestens zwei Standorten.

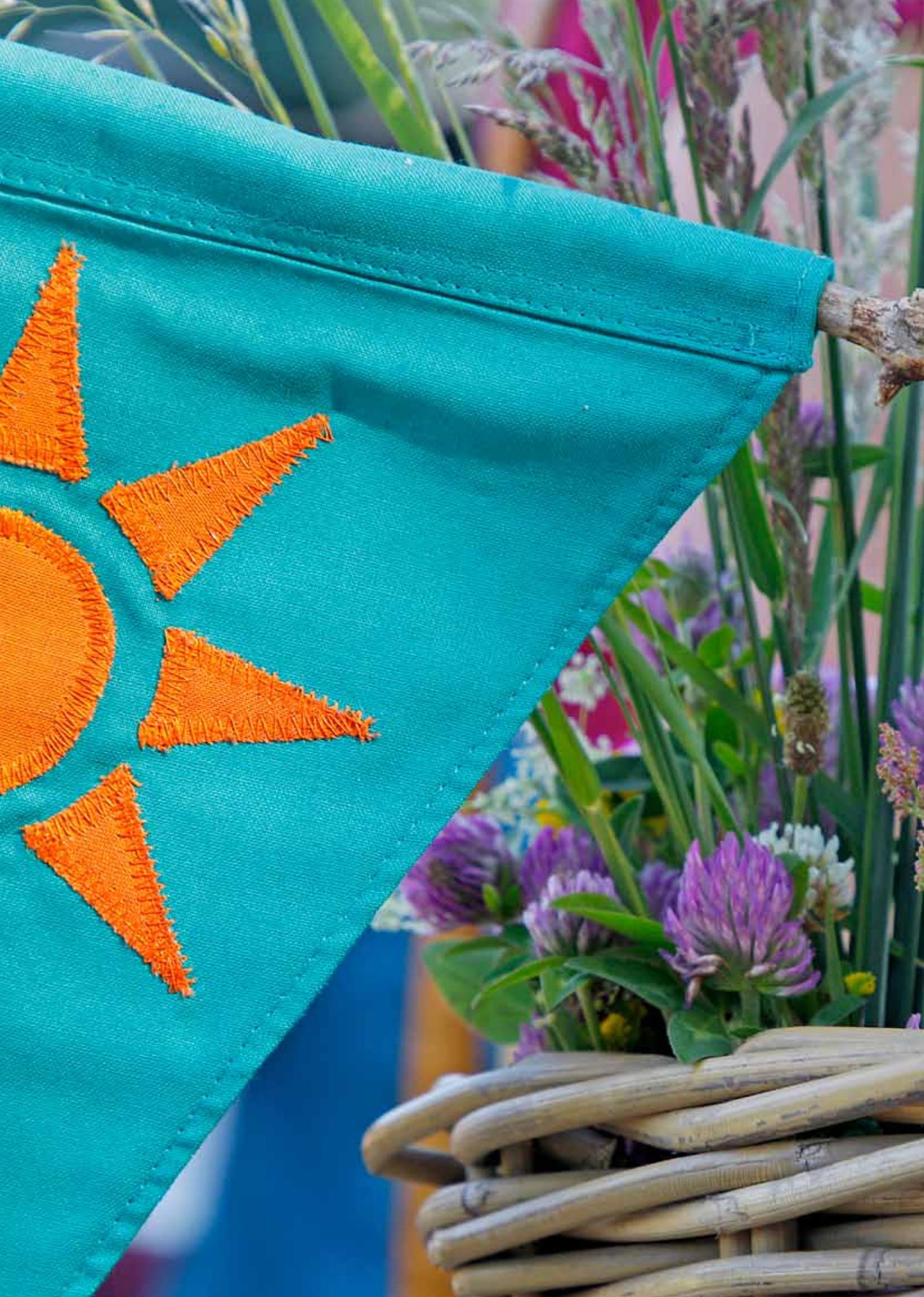


Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR gibt es gesammelt unter

www.gorleben-rundschau.de/links

- ¹ www.bi-luechow-dannenbergl.de/wp-content/uploads/2018/04/Merkel-Interview-Ausschnitt.mp3
- ² www.ausgestrahlt.de/mitmachen/standortsuche/?tab=3#panel3
- ³ <https://vimeo.com/260101905>
- ⁴ www.zukunftserbe.de/unsere-projekte/energie-wende-ausstieg-aus-der-kernenergie/nenug-netzwerk-nukleares-gedaechtnis/
- ⁵ www.srswatch.org/
- ⁶ www.nuklearesicherheit.de/
- ⁷ www.naturfreunde.de/farn
- ⁸ www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Hafenunternehmen-verzichten-auf-Atom-Umschlag,atomtransporte120.html
- ⁹ <https://urantransport.de/2018/04/hamburg-freiwilliger-verzicht-auf-atomtransporte/>



Gorleben lebt immer noch

Eine Orientierungshilfe aus dem Dschungel der Geschichten

Analyse Dass Gorleben zu einem wichtigen Kristallisationspunkt der deutschen Anti-Atom-Bewegung werden konnte, hat vielfältige Ursachen: Sachliche Fehler, Ungeschicklichkeiten der Politik und Härte der Polizei sind Aspekte der einen Seite. Das Zusammenspiel von linken Gruppen und konservativer Landbevölkerung die der anderen. Die Gorleben Rundschau wagt den Versuch einer Erklärung.

Gorleben steht paradigmatisch für die „Demokratie-Frage“. Einerseits für das Fehlen an Demokratie bei der Durchsetzung eines nuklearindustriellen Großkomplexes, für eine rigide staatliche Politik, die scheinbar auf Dialog, im Zweifel aber auf Diffamierung und Kriminalisierung ihrer Gegner/-innen und auf Polizeigewalt setzt.

Gorleben steht auf der anderen Seite aber auch für ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement breiter Bevölkerungskreise, für basisdemokratische Lernprozesse und „gelebte Demokratie“, so wie es das Bundesverfassungsgericht 1985 in seinem Brokdorf-Urteil formulierte: „In einer Gesellschaft, in welcher der direkte Zugang zu den Medien und die Chance, sich zu äußern, auf wenige beschränkt ist, verbleibt dem Einzelnen neben seiner organisierten Mitwirkung in Parteien und Verbänden

“
Gorleben steht
gleichermaßen
für das Fehlen
wie für das Leben
von Demokratie
”

im allgemeinen nur eine kollektive Einflussnahme durch Inanspruchnahme der Versammlungsfreiheit für Demonstrationen. Namentlich in Demokratien mit parlamentarischem Repräsentativsystem und geringen plebiszitären Mitwirkungsrechten hat die Versammlungsfreiheit die Bedeutung eines grundlegenden und unentbehrlichen Funktionselementes. Demonstrativer Protest kann insbesondere notwendig werden, wenn Repräsentativorgane mögliche Missstände und Fehlentwicklungen nicht oder nicht rechtzeitig erkennen oder aus Rücksichtnahme auf andere Interessen hinnehmen.“

Gorleben wird in den 90er-Jahren mit dem Beginn der Castortransporte auch sozialer Ort für das zivilgesellschaftliche Engagement gegen die Nutzung der Atomkraft und die Errichtung einer Atommülldeponie in einem Salzstock, dessen Eignung als nukleares Endlager vielfach widerlegt wurde. Gleichzeitig schaffen staatliche Institutionen weiterhin eine Aktenlage zur Durchsetzung dieses Projekts und verne-



beln im Kampf um die Deutungs-
höhe die wahren Absichten: Eine
Plutoniumfabrik wird „Nukle-
arpark“ genannt, statt fehlender
Eignung des Salzstocks geht es
um die „Eignungshöflichkeit“.

Dagegen organisiert sich der Gor-
leben-Widerstand in Castor- und
Bezugsgruppen, lebt den Wider-
stand als buntes und vielfältiges
Gegenprogramm gegen Härte
und Willkür und entwickelt basis-
demokratische Instrumente, das
Konsensprinzip, das „afrikanische
Tamtam“ zur Meinungsbildung
und Strategiefindung.

Die Auseinandersetzung um die
Atomkraft ist noch nicht beend-
et, die Suche nach einem gesell-
schaftlichen Umgang mit der Hin-
terlassenschaft des Atomzeital-
ters, dem Atommüll, ist noch voll

Im Wendland seit
vierzig Jahren
unzertrennlich:
Bäuerlicher
Widerstand und die
Anti-Atom-Szene.

im Gange, und trotzdem geht es
auch heute schon darum, aus der
Geschichte zu lernen, lernende
Verfahren und Beteiligungskon-
zepte zu entwickeln, die das Prä-
dikat „demokratisch“ verdienen.
Aktuell fordert die Bürgeriniati-
ve Umweltschutz Lüchow-Dan-
nenberg als „Kern“ des Gorle-
ben-Protests ein Denkmal für die
verkorkte Atommüllpolitik di-
rekt „vor Ort“ – am Erinnerungs-
ort Gorleben. In Planung ist auch
ein Seminarprogramm „Rebel-
lisches Wendland“, das aufzei-
gen soll, welche umwälzenden
Folgen eine 40-jährige „Heim-
volkshochschule“ mit ungezähl-
ten Veranstaltungen, Semina-
ren, Demonstrationen und an-
deren kreativen Widerstandsak-
tionen für die Beteiligten hatte.

Einer, der den wendländischen
Widerstand von Anfang an mit-
erlebt und über Jahrzehnte mit
Stift und Tastatur begleitet hat,
ist Wolfgang Ehmke. Er engagiert
sich seit der Standortbenennung
Gorlebens 1977 als so genanntes
Nukleares Entsorgungszentrum
in der Bürgerinitiative gegen die
Nutzung der Atomenergie und
ist deren langjähriger Sprecher:

»Wo, wann und wie hast du von
der Standortbenennung Gorle-
bens erfahren?

Wolfgang Ehmke: Das ging ruck-
zuck – meine Mutter hatte es im
Radio gehört und rief sofort an:
„Jetzt kannst du mal zu Hause de-
monstrieren kommen!“ Ich war
gerade fertig mit der Lehreraus-

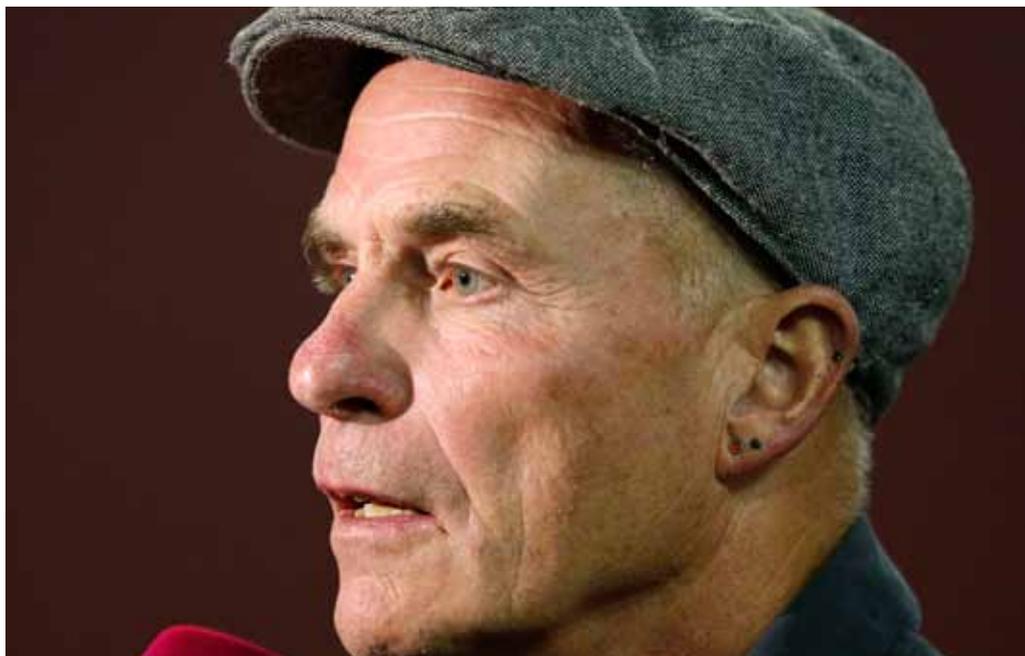
bildung in Hamburg und hatte schon in Brokdorf demonstriert.

»Wie haben die Umweltschützer aus der Region auf die Standortbenennung reagiert und sich organisiert?

Ehmke: Wir hatten alle Dusel, denn am Tag der Standortbenennung, am 22. Februar 1977, hatte die PWK, die Projektgesellschaft Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, das Landvolk im Lüchower Gildehaus zu einer Desinformationsveranstaltung eingeladen und die Nachricht, dass der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht Gorleben als Standort für ein nukleares Entsorgungszentrum erkoren hatte, so per Handstreich, schlug ein wie eine Bombe. Schon zwei Tage später organisierte die Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) eine Sternfahrt nach Gorleben und die Bauern setzten sich Anfang März bereits zum ersten Mal auf die Trecker und demonstrierten in der Kreisstadt Lüchow. Dazu muss man wissen, dass die BI um Marianne Fritzen schon als lockerer Zusammenschluss existierte, denn es gab zuvor schon den Plan, in Langendorf in der Nähe von Dannenberg ein Atomkraftwerk zu bauen. Kurz danach demonstrierten am 13. März bereits Tausende in Gorleben.

»Wie konnte Gorleben zu dem Kristallisationspunkt der Anti-AKW-Bewegung werden?

Ehmke: Da kamen einige Faktoren zusammen: die unglaubliche Verwurzelung des Protests im agrarisch geprägten Wendland von Anfang an, ja, der Widerstand war und ist sehr authentisch. Das Phantasievolle wie zum Beispiel der Treck nach Hannover 1979, dessen Vorbild der Marsch von Bauern aus dem Hochplateau auf dem Larzac in Südfrankreich nach Paris war, unter dem Eiffelturm grasten Schafe. Oder die sechswöchige Platzbesetzung mit dem Hüttendorf 1980, die berühmte „Freie Republik Wendland“. Dazu kam die große Empörung über die Polizeieinsätze schon beim ersten Atommülltransport im Orwell-



Jahr 1984, und mit dem Beginn der Castortransporte wurde Gorleben der soziale Ort über Jahrzehnte hinweg, wo die Zukunft der Atomkraft auf der Straße und der Schiene ausgehandelt wurde, mit großer Medienbegleitung.

»Warum bezeichnen die AKW-Gegner/-innen Gorleben als Schwarzbau?

Ehmke: Ganz einfach, weil es nicht einmal ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren gab; da wurde einfach unter dem Deckmantel der „Erkundung“ ein Bergwerk gebaut, gleich in der richtigen Größe für ein Atommüllendlager.

»Wie wurde Gorleben „eignungshöflich“ gemacht?

Ehmke: Es gab am Anfang die Aussage, ein Endlager müsse garantieren, dass keine Radioaktivität an die Biosphäre gelangt. Als der Wasserkontakt bekannt wurde – immerhin gibt es auf rund 7,5 Quadratkilometern keine Tonschicht über dem Salzgestein – wurden Wissenschaftler wie Klaus Duphorn, die vor Gorleben warnten, diskreditiert, und von einer doppelten Barriere wurde einfach Abstand genommen. Der Hammer war die Salzstudie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) aus dem Jahr 1995. Gorleben wäre dabei rausgefallen, aber Ange-

In den Medien seit vierzig Jahren unverzichtbar: Wolfgang Ehmke ist langjähriger Pressesprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg.

“**Der Widerstand soll schlafen gelegt werden. Aber das gelingt nicht. Wir sind hellwach!**“

la Merkel sagte in Interviews – sie war damals Umweltministerin – die Studie beweise, dass Gorleben bestens geeignet sei. Dabei sollte die BGR ausdrücklich Gorleben nicht in ein Ranking mit einbeziehen. Das hatte übrigens Merks Vorgänger, Prof. Klaus Töpfer, so angeordnet und heute konfrontieren wir ihn, wo er einen der beiden Vorseite im Nationalen Begleitgremium zur Endlagersuche übernommen hat, mit seiner Weichenstellung und fordern ganz aktuell, dass der Salzstock Gorleben zu genau den damaligen Kriterien und Konditionen mit den anderen Standorten verglichen wird. Geschieht das, wäre es nur fair und wir erhoffen uns davon, dass dann eingeräumt wird, dass Gorleben aus geologischer Sicht nicht geht.

»Das Bergwerk wird schlafen gelegt („Offenhaltung“). Warum reicht das nicht?

Ehmke: Weil in Gorleben weitergemacht werden kann, wenn unter Tage die Kerninfrastruktur erhalten bleibt. Eigentlich soll ja auch der Widerstand schlafen gelegt werden. Das gelingt aber nicht, wir sind hellwach. Aus der ganzen Geschichte mit dem Lug und Trug auf Seiten der Behörden und Institute, der Kriminalisierung und dem ewigen Hinhalten gibt es nur einen fairen und glaubwürdigen Ausweg: Kom-  plett dichtmachen!



Und jetzt: Alle!

Die Langzeitlagerung von Atommüll geht nicht nur Wissenschaftler etwas an

Öffentlichkeit Ohne die Einbindung von allen gesellschaftlichen Akteuren geht es bei der Suche nach einem Endlager nicht voran. Das an der Freien Universität Berlin angesiedelte Forschungsprojekt ENTRIA ist der Frage nach der Öffentlichkeitsbeteiligung erstmals interdisziplinär nachgegangen. Ein Bericht von **Sven Lebert**.

Wohin sollen 30 000 Kubikmeter hochradioaktiver und 600 000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiver Müll, den uns das Zeitalter der Kernkraft hinterlässt? Auch wenn die verbleibende Zeit, in der die Kernspaltung in Deutschland noch zur Energieerzeugung genutzt werden wird, überschaubar ist, bleibt die Frage der Endlagerung noch lange ein Problem. Genau gesagt für die nächsten 40 000 Generationen, rechnet Achim Brunnengräber, habilitierter Politikwissenschaftler und Projektleiter am Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU) der Freien Universität Berlin ¹, vor.

Denn für eine Million Jahre muss der Nachweis erbracht werden, dass der hoch radioaktive Müll sicher gelagert werden kann. Ob und wie das gelöst werden kann, untersuchen Expertinnen und Experten im Rahmen eines mit 15 Millionen Euro geförderten Großprojekts des Bundesforschungsministeriums namens ENTRIA ². Das Kürzel steht für „Entsorgungsoptionen für radioaktive Reststoffe: Interdisziplinäre Analysen und Entwicklung von

“
**Die
 Endlagerung
 bleibt ein
 Problem für
 die nächsten
 40 000
 Generationen**

Bewertungsgrundlagen“. Rund 60 Forscherinnen und Forscher aus 13 wissenschaftlichen Einrichtungen arbeiten dort interdisziplinär zusammen. Sie beschäftigen sich aus natur-, ingenieurs-, geistes-, rechts- sowie aus politik- und sozialwissenschaftlicher Perspektive mit dem Problem der Endlagerung. ENTRIA lief über fünf Jahre bis Ende 2017. Doch ein Folgeprojekt – ENTRIA-plus – zeichnet sich bereits ab.

„Die Fragen sind viel komplexer als angenommen“, sagt Achim Brunnengräber. Der große Forschungsbedarf hat ihn, wie er einräumt, durchaus überrascht. Es lässt ihn noch immer staunen, wie gering die Zahl politik- und sozialwissenschaftlicher Analysen zu Fragen der Endlagerung ist – obwohl hochradioaktiver Müll schon seit Jahrzehnten erzeugt wird. Selbst in den technischen Bereichen sei noch vieles offen – etwa, wie der Endlagerbehälter beschaffen sein muss, und welche Art der Lagerung die beste Entsorgungsvariante ist, ob mit oder ohne Rückholmöglichkeit. Angesichts der Größe des Problems und weil so viele künfti-

ge Generationen betroffen sein werden, müsse die gesellschaftliche Debatte viel intensiver geführt werden, sagt Brunnengräber. Dass das nicht passiert – trotz eines bereits 2013 verabschiedeten Standortauswahlgesetzes, der Arbeit der Endlagerkommission in den Jahren 2014 bis 2016 oder neu geschaffener Institutionen auf EU-Ebene – liege auch daran, dass es sich um ein sehr verzwicktes Langzeitproblem handle, mit dem kaum „positive Narrative“ verbunden werden können. In fünf Projekten analysierte das ENTRIA-Team des FFU die gesellschaftliche Seite der Debatte. Unter anderem wollten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wissen, wer eigentlich die Akteure im Streit um ein Endlager sind – „ein bislang viel zu wenig erforschter Bereich“, sagt Brunnengräber. Doch die Frage, wer auf welcher Seite mit welcher Motivation wofür eintritt, sei für die Suche nach einer gesellschaftlichen Lösung unabdingbar. In einem Arbeitsbericht listete das Team 300 Akteure auf, klassifizierte sie und untersuchte, welche Interessen sie leiten.

Im nächsten Schritt standen die Konfliktanalyse und die Akzeptanz im Zentrum. „Wie kann der Suchprozess möglichst konfliktarm organisiert werden? Mit welchen neuen Problemen ist zu rechnen, wenn ein Endlager gefunden worden ist?“, waren dabei wichtige Fragen. Die Einbindung möglichst aller relevanten Akteure und eine hohe Flexibilität im Umgang mit unvorhergesehenen Entwicklungen seien dabei entscheidend, sagt Brunnengräber. Weil auf der ganzen Welt noch kein Endlager für den hochradioaktiven Müll in Betrieb genommen wurde, schaute das Forscherteam auch, wie andere Staaten das Problem angehen.

Die Ergebnisse waren wenig ermutigend: Fast überall wurde zunächst dem sogenannten DAD-Prinzip (decide, announce, defend – entscheide, verkünde, verteidige) gefolgt. Die Entscheidungen für einen Standort wurden von Regierungen getroffen, verkündet und – nicht selten gegen große gesellschaftliche Widerstände – verteidigt. „Das funktioniert nicht, alle Versuche dahingehend sind gescheitert“, konstatiert Achim Brunnengräber. Auch für Deutschland gelte das: „Wir haben zwar ein Gesetz ^③, einen Kommissionsbericht ^④, institutionelle Reformen und durchaus auch viele gute Impulse aus der Bevölkerung – aber weder einen Standort noch ein Endlager.“

Dabei sei er überzeugt: Die Akzeptanz werde geringer, je stärker von „oben“ entschieden werde und je näher der Standort an das eigene Wohnumfeld heranreiche. Auch Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz seien dann keine Garantie mehr dafür, dass die Standortsuche erfolgreich verläuft. In der Schweiz und in Großbritannien schienen solche Orte schon gefunden, die Bevölkerung war eingebunden, aber plötzlich wuchsen die Empörung und der Protest – und die Vorhaben wurden wieder auf Eis gelegt.

Grund dafür, sagt Brunnengräber, seien nicht zuletzt auch alte Konflikte zwischen dem Staat, den Betreibern von Kernkraftwerken und den vielen Anti-Atomkraft-Initiativen. Man misstraue sich, gehe

gar nicht erst gemeinsam in Kommissionen und habe völlig unterschiedliche Vorstellungen von Bürgerbeteiligung und Lösungsansätzen. Wichtig für die Sozialwissenschaften sei es daher, diese historisch gewachsenen Konflikte gemeinsam mit den Akteuren aufzuarbeiten und in die Forschung einzubeziehen.

„Ohne Vergangenheitsbewältigung kommen wir hier nicht voran“, sagt der Forscher. Er sieht die parlamentarische Demokratie gefordert, bei der Standortsuche stärker Elemente der gesellschaftlichen Mitsprache und des Dialogs umzusetzen. Mehr Vertrauen könne von staatlicher Seite zum Beispiel auch dadurch geschaffen werden, dass die Bürgerinitiativen eine finanzielle Unterstützung erhielten, um eigenständig wissenschaftliche Expertisen in Auftrag zu geben.

Ihr zentrales Ziel, nämlich belastbare Argumente für die Oberflächenlagerung sowie die Endlagerung mit und ohne Rückholung zu liefern, haben die Expertinnen und Experten im Verbundprojekt ENTRIA erreicht. Im Forschungsprozess wurden aber viele weitere Fragen aufgeworfen, denen auch zukünftig von wissenschaftlicher Seite noch nachgegangen werden muss. Die Einbindung gesellschaftlicher Akteure in den Forschungsprozess scheint dabei ein vielversprechender Ansatz.

Auch wenn Deutschland den Atomausstieg beschlossen habe, seien der Erhalt und der Ausbau wissenschaftlicher Kompetenz für die Endlagerung von großer Bedeutung, sagt Achim Brunnengräber. Denn es sind die kommenden Generationen, die den hochradioaktiven Müll möglichst sicher einlagern und den Weg dorthin immer wieder neu überprüfen müssen.



Gesellschaftliche Mitsprache und Dialog sind die Schlüssel bei der Suche nach dem Endlager



An eine Einlagerung von Atom- müll in einem noch zu findenden Endlager ab 2050 glaubt eigentlich niemand mehr. Viel längere Zeiträume der Zwischenlagerung werden die Folge sein.

Im Rahmen des interdisziplinären Forschungsprojekts ENTRIA ist auch darüber fünf Jahre lang diskutiert und geforscht worden. Erste Ergebnisse liegen jetzt in dem Sammelband „Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle“ vor. Die Analysen in dem Buch untermauern die Forderung nach konzeptioneller Neuausrichtung und weiterer Forschung in diesem Bereich.

Dennis Köhnke, Manuel Reichardt, Franziska Semper (Hrsg.)

„Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle – Randbedingungen und Lösungsansätze zu den aktuellen Herausforderungen“

Gebundene Ausgabe: 207 Seiten

Verlag: Springer
ISBN: 978-3658190392
EUR 34,99



Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR:

➔ www.gorleben-rundschau.de/links

➔¹ www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/ffu/index.html

➔² www.entria.de/

➔³ <https://de.wikipedia.org/wiki/Standortauswahlgesetz>

➔⁴ www.bundestag.de/blob/434430/bb37b21b8e1e7e049ace5db6b2f949b2/drs_268-data.pdf



Hokuspokus

Kann Transmutation von Atommüll eine Alternative zur Endlagerung sein?

Forschung Wissenschaftler weltweit forschen seit Jahrzehnten zu verschiedenen Optionen, hochradioaktive Abfälle zu entsorgen. Eine Variante, die in diesem Zusammenhang immer wieder thematisiert wird, ist die Transmutation. Mit diesem Verfahren sollen Menge und Halbwertszeit der hochradioaktiven Abfälle deutlich verringert werden. Doch kann die Technologie das tatsächlich leisten? Stellt sie wirklich, wie zum Teil behauptet wird, eine Alternative zur Endlagerung in Gesteinsschichten unter der Erdoberfläche dar? Das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) erklärt, wie das Verfahren funktioniert, ob es einsetzbar ist und welche Vor- und Nachteile es birgt.

Transmutation bedeutet im Zusammenhang mit den hochradioaktiven Abfällen, dass langlebige radioaktive Atomkerne (Radionuklide) in kurzlebigere umgewandelt werden. Sollte dies tatsächlich eines Tages technisch möglich sein, würden die hochradioaktiven Stoffe nicht mehr für hunderttausende Jahre Menschen und Umwelt gefährden, sondern für einen deutlich kürzeren Zeitraum. Die Menge der zu entsorgenden hochradioaktiven Abfälle würde sich verringern, allerdings würde sich im Gegenzug das Volumen der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle vergrößern.

»Wie funktioniert Transmutation?

Das technische Verfahren nennt sich P&T (Partitionierung und Transmutation) und besteht aus drei Schritten: Abtrennung, Brennstofffertigung und Umwandlung. Bei der Abtrennung werden zunächst aus den abgebrannten Brennelementen bestimmte langlebige radioaktive Atomkerne (Transurane) herausgelöst. Dies geschieht in Wiederaufarbeitungsanlagen. Anschließend werden die abgetrennten Atomkerne zu neuen Brennelementen verarbeitet und in speziellen Reaktoren mit Neutronen beschossen. Der Großteil der langle-

bigen Atomkerne wird aufgespalten und in kurzlebigere Atomkerne umgewandelt. Das P&T-Verfahren muss allerdings viele Male wiederholt werden, da bei jedem Durchgang nur ein Teil der Transurane umgewandelt werden kann.

»Was sind die Vor- und Nachteile von P&T?

Der erste Schritt des P&T-Verfahrens, die Abtrennung der Atomkerne, wird bereits in der Wiederaufarbeitung genutzt, allerdings nur für Uran und Plutonium. Um auch die übrigen Transurane abtrennen zu können, bedarf es erheblicher technischer Weiterent-

wicklungen. Bislang gelang dies nur im Labor. Auch der zweite Schritt, die Brennstofffertigung, befindet sich noch in einem relativ frühen Entwicklungsstadium. Gleiches gilt für den letzten Schritt, die Umwandlung der Atomkerne. Bislang existiert keine industriereife Transmutationsanlage. Angesichts dieser Tatsachen ist unklar, ob die P&T-Technologie überhaupt großtechnisch einsetzbar sein wird.

Die Endlagerkommission, die zum Thema P&T zwei Gutachten in Auftrag gab, kam zu dem Schluss, dass es mindestens vier bis fünf Jahrzehnte dauern wird, ggf. auch länger, bis P&T industriell einsetzbar wäre. Aber die alleinige Verfolgung einer Technologie, bei der unklar ist ob und wann sie einsetzbar wäre, ist mit dem Verantwortungsprinzip nicht vereinbar. Auch für die zukünftigen Generationen ist es wichtig, so bald wie möglich eine sichere Lösung für die hochgefährlichen Stoffe zu finden.

Auch P&T produziert weiterhin radioaktive Abfälle: Nicht alle Transurane werden bei dem Verfahren umgewandelt. Hinzu kommen die sogenannten Spaltprodukte, die neben den Transuranen bei der Kernspaltung entstehen. Zudem müssen die Abfälle aus der Wiederaufarbeitung endgelagert werden, da sie nicht transmutiert werden können. Sollte das P&T-Verfahren eines Tages großtechnisch einsetzbar sein, müssten zwar weniger langlebige Atomkerne eingelagert werden. Die Menge an schwach- und mittelradioaktiven Abfällen würde sich

allerdings erheblich erhöhen. Für das P&T-Verfahren müssten außerdem Reaktoren gebaut werden, in denen die Transurane umgewandelt werden. Etwa fünf bis sieben derartige Anlagen müssten schätzungsweise zwischen 150 und 300 Jahren laufen, um den gesamten deutschen Abfall zu transmutieren. Zeiträume unter 100 Jahren ließen sich nur mit deutlich mehr Reaktoren oder höheren Reaktorleistungen erreichen. Das P&T-Verfahren würde somit den Aufbau einer umfangreichen kerntechnischen Industrie notwendig machen. Dies ist durch die derzeitige Gesetzeslage in Deutschland nicht gedeckt. Der Grund: Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl und dem Atomunfall in Fukushima gibt es hierzulande einen breiten gesellschaftlichen Konsens darüber, dass künftig keine Kernkraftwerke und Wiederaufarbeitungsanlagen mehr betrieben werden sollen.

» Die Zukunft

Für den Fall, dass P&T in den kommenden Jahrzehnten oder Jahrhunderten tatsächlich bis zur industriellen Reife weiterentwickelt wird und sich die Menge der hochradioaktiven Abfälle verringern ließe, sieht das Standortauswahlgesetz Korrekturmöglichkeiten vor. Die hochradioaktiven Abfälle sollen demnach bis zum Verschluss des Endlagers zurückgeholt werden können. Zudem sollen die Behälter mit den hochradioaktiven Rückständen nach Verschluss noch fünfhundert Jahre lang geborgen werden können.

Atommüll Möglichst weit weg

Neben der unrealistisch anmutenden Umwandlung von lang- in kurzlebige Radionukleide gibt es noch weitere „phantastische“ Ideen zur Atommüll-Entsorgung:

In den Weltraum

Eine faszinierende Idee: Das Problem wäre für immer von der Erde entfernt. Angesichts der großen Abfallmengen und des Gewichts allein der in Deutschland gelagerten verbrauchten Brennelemente stößt der Vorschlag schnell an seine Grenzen. Wie viele Raketenstarts wären nötig? Was würde das kosten? Und vor allem: Wie groß wären die Risiken? Am 28. Januar 1986 explodierte z. B. die US-Raumfähre „Challenger“ kurz nach dem Start. Einer von mehr als zehn katastrophalen Unfällen in der Geschichte der Raumfahrt.

Ins Erdinnere

Eine weitere Idee geht in die entgegengesetzte Richtung: Radioaktive Abfälle werden nicht im Weltraum entsorgt, sondern wandern mit den Verschiebungen der Erdplatten unter die Erdkruste bis ins Erdinnere, weit entfernt von der Erdoberfläche. Die technische Machbarkeit eines solchen Verfahrens ist jedoch ungeklärt. Dort wo die tektonischen Platten zusammenstoßen und sich eine Platte unter die andere schiebt, befinden sich auch Erdbebenzonen oder Vulkangebiete. Die Folgen und Risiken wären nicht abschätzbar.

Ins Eis

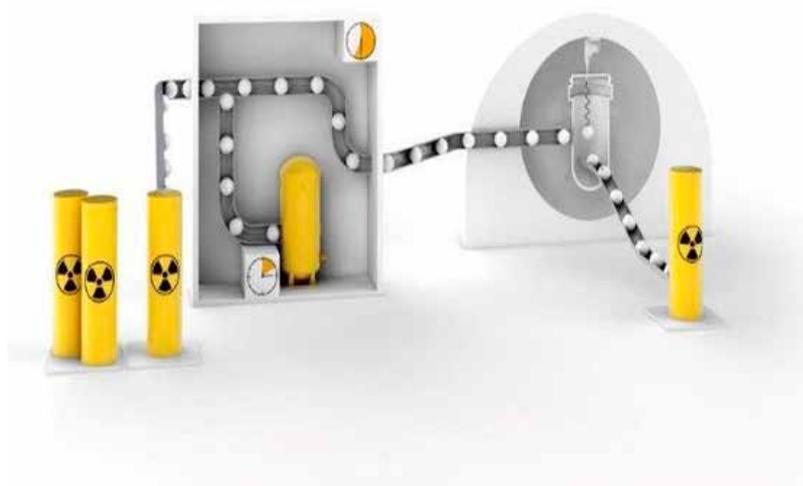
Bereits in den 1950er-Jahren wurde über die Endlagerung radioaktiver Abfälle im antarktischen Eis nachgedacht. Die Abfälle sollten so im „ewigen“ Eis verschwinden. Mit der Wärme, die sie ausstrahlen, würden sie sich langsam durch das Eis schmelzen, das über ihnen wieder zufriert. Die früheren Annahmen zur „Ewigkeit“ der antarktischen Eismassen sind heute auch wegen des Klimawandels nicht mehr haltbar.

Ins Ausland

Einige Länder würden die hochradioaktiven Abfälle gegen entsprechende Zahlung wahrscheinlich nehmen. Doch ob in diesem Fall auch die Sicherheitsinteressen vorrangig sind, kann nicht garantiert werden. Der Export ins Ausland verbietet sich allein schon aus ethischen Gründen und ist aus gutem Grund gesetzlich verboten. Die Endlagerung von radioaktiven Abfällen, die in Deutschland entstanden sind, soll auch in nationaler Verantwortung gelöst werden.

In Hallen

Kurzfristig erscheint es naheliegend, die Abfälle dort stehen zu lassen, wo sie heute aufbewahrt werden: in den oberirdischen Zwischenlagern. Niemand kann jedoch vorhersehen, ob künftige Gesellschaften die gleichen Sicherheitsansprüche hegen wie wir heute – ganz abgesehen davon, dass die Hallen schon heute ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen, weil sie keinen Schutz bieten gegen Flugzeugabstürze und Terrorakte. Zwischenlager sind daher keine Dauerlösung. Langfristig bieten Mauern keinen ausreichenden Schutz.



Die ersten Castoren sollen noch in diesem Jahr anrollen, berichtete der NDR im März und berief sich dabei auf das Bundesumweltministerium. Noch fehlt allerdings die notwendige Genehmigung für die sieben Behälter mit Atommüll aus der Wiederaufarbeitungsanlage im britischen Sellafield, die in das Zwischenlager am AKW Brokdorf eingelagert werden könnten.

Der Start der gesetzlich vereinbarten Rückführung des deutschen Mülls wurde seit 2013 mehrfach angekündigt. Für die Standortzwischenlager an den AKWs in Brokdorf und Philippsburg wurden die Einlagerungen im Herbst 2017 beantragt. Zuletzt hieß es, ab 2019 sollten die Transporte beginnen. Nun könnte es doch schon in diesem Jahr soweit sein.

Um die letzten 26 Atommüll-Behälter aus den beiden Wiederaufarbeitungsanlagen La Hague (Frankreich) und Sellafield (England), gefüllt mit „strah-

Castor-Alarm schon

Mit dem „Neustart“ der Suche nach einem Atommüll-Lager mit hochgiftigen Abfällen auf diverse Zwischenlager an A

lenden Überresten“ deutscher Brennelemente, gibt es seit Jahren Streit. Ein politischer Kompromiss sollte Ruhe in den Landkreis Lüchow-Dannenberg bringen, in dem sich bis dahin einmal pro Jahr die Anti-Atom-Bewegung zu den Protestaktionen gegen die Atomfracht nach Gorleben versammelte. Zuletzt waren der Widerstand und damit die zeitlichen Verzögerungen im Transportablauf so groß geworden, dass eine politische Durchsetzung weiterer Castor-Transporte unmöglich schien.

Die Bundesregierung beschloss daraufhin eine Verteilung der „Last“ auf mehrere Zwischenlager an Standorten von Atomkraftwerken: Philippsburg in Baden-Württemberg, Biblis in Hessen, Isar in Bayern sowie Brokdorf in Schleswig-Holstein.

In der Vergangenheit waren verbrauchte Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken zu Anlagen in Frankreich und Großbritannien gebracht worden. Durch



2006: Castortransport kurz vorm Erreichen des Wendlands

on diesen Herbst?

er wurde auch vereinbart, dass ins Wendland vorerst keine Castor-Transporte mehr rollen sollen. Stattdessen werden 26 Behälter KW-Standorten verteilt. Die Transporte könnten schon in diesem Jahr beginnen. Jan Becker gibt einen Überblick.

die Wiederaufarbeitung konnte Material für die Herstellung neuer Brennelemente und zur Herstellung von Atombomben zurückgewonnen werden. Dabei fielen auch nicht verwertbare radioaktive Abfälle an. Zur Rücknahme dieser Abfälle sind die Bundesrepublik Deutschland und die deutschen Atomkraftwerksbetreiber verpflichtet.

Das Rücknahmekonzept des Bundesumweltministeriums sieht vor, dass die deutschen Wiederaufarbeitungsabfälle aus Frankreich (voraussichtlich fünf Castor-Behälter) im Standort-Zwischenlager der EnBW in Philippsburg zwischengelagert werden sollen. Die entsprechenden deutschen Abfälle aus Großbritannien sollen auf die Standort-Zwischenlager in Biblis, Brokdorf und Isar verteilt werden.

Die Abfälle werden in den Wie-

deraufarbeitungsanlagen mit Silikatglas vermischt, in zylindrische Behälter aus Edelstahl gegossen und – nach Aushärtung – verschlossen. Diese mit ausgehärtetem Glasgemisch gefüllten Behälter werden „Glaskokillen“ genannt. Für Transport und Lagerung werden sie in Castor-Behälter überführt.

Einzelne Orte haben bereits Widerstand gegen die Anlieferung der strahlenden Fracht angekündigt. Besonders in Philippsburg positionierten sich vor allem konservative Politiker/-innen sehr früh gegen die Castoren: Das dortige Lager sei nur für Müll aus dem eigenen AKW gebaut worden. Das brachte Gorleben wieder ins Spiel.

Atomkraftgegner/-innen bewerten die Situation ein wenig anders. Nachdem das Zwischenlager Brunsbüttel – bis dahin auch

als Empfänger im Gespräch gewesen – nach einem erfolgreichen Gerichtsverfahren seine Betriebsgenehmigung verloren hatte, sind ihrer Meinung nach alle Zwischenlagerhallen – vor allem die baugleichen – ebenfalls als „nicht terrorsicher“ zu deklarieren. Weiteres Argument sei das sinnlose Verschieben der hochgefährlichen Fracht von einem Zwischenlager in das nächste. Die Fragen, an welchem Ort ein „endgültiges“ Atommüll-Lager für den deutschen Atommüll entstehen soll, wie dieses aussieht und wann es betriebsbereit ist, sind völlig offen.

Klar ist jedoch, dass die Castoren irgendwann erneut auf die Schiene oder Straße müssen, um dorthin zu gelangen. Damit verbunden ist immer auch das Risiko schwerer Unfälle oder möglicher terroristischer Anschläge.

cicero



Gorleben français

Im französischen Bure ein Atommüll-Endlager einzurichten, stößt auf entschlossenen Widerstand

Lothringen Die französische Regierung will in Bure ein Endlager für Atommüll in tiefen geologischen Schichten bauen. Das Vorhaben heißt Cigéo, der Bauantrag soll 2019 gestellt werden. Vorarbeiten haben bereits begonnen, ein Gesetz wurde in Anwesenheit von gerade einmal 20 Abgeordneten verabschiedet. Widerstand „gegen Bure“ gibt es schon lange. Die Aktivistin **Cécile Lecomte** ist immer wieder vor Ort.

Noch 2016 posierte der französische Umweltminister Nicolas Hulot vor Kameras mit einem Widerstands-Plakat gegen Cigéo, heute schickt er Militärpolizei in die Dörfer, um den Widerstand niederschlagen zu lassen. Überwachung, Polizeigewalt, Hausdurchsuchungen, Demonstrationsverbote, Verhaftungen und Prozesse gehören inzwischen zum Alltag der Bevölkerung rund ums lothringische Bure. ➔¹

Vorläufiger Höhepunkt der Auseinandersetzungen ist der aktuelle Kampf um den Bois Lejuc. Die staatliche Agentur zur Entsorgung von radioaktivem Müll, Andra, startete 2016 überraschend Bauarbeiten im Wald, obwohl sie dafür weder eine Rodungs- noch eine Baugenehmigung besaß. Sie wollte eine vier Kilometer lange und drei Meter hohe Mauer rund um die 221 Hektar Wald errichten, um Bohrungen für die künftigen Luftschächte des Endlagers durchzuführen – abgeschirmt vom Protest der Projektgegner/-innen. Doch die Bauarbeiten ruhen seit dem 1. August 2016 in Folge eines gerichtlich verhängten Baustopps sowie der Zerstörung des begonnenen Mauerwerks und der Besetzung des Waldes durch Gegner/-innen. Sie errichteten zahlreiche Hütten und Baumhäuser, die „Eulen“ von Bure, wie die Aktivist/-innen genannt werden, sind zum Symbol des Kampfes gegen das atomare Endlager geworden. Die französische Regierung wittert eine dauerhafte Verankerung des Widerstands – und schickte am 22. Februar die Militärpolizei. 500 Mann rückten in den Wald ein und räumten die Waldbesetzung. ➔²

Die Atomlobby lässt sich in der Gegend mit diversen Anlagen im Zusammenhang mit Ci-

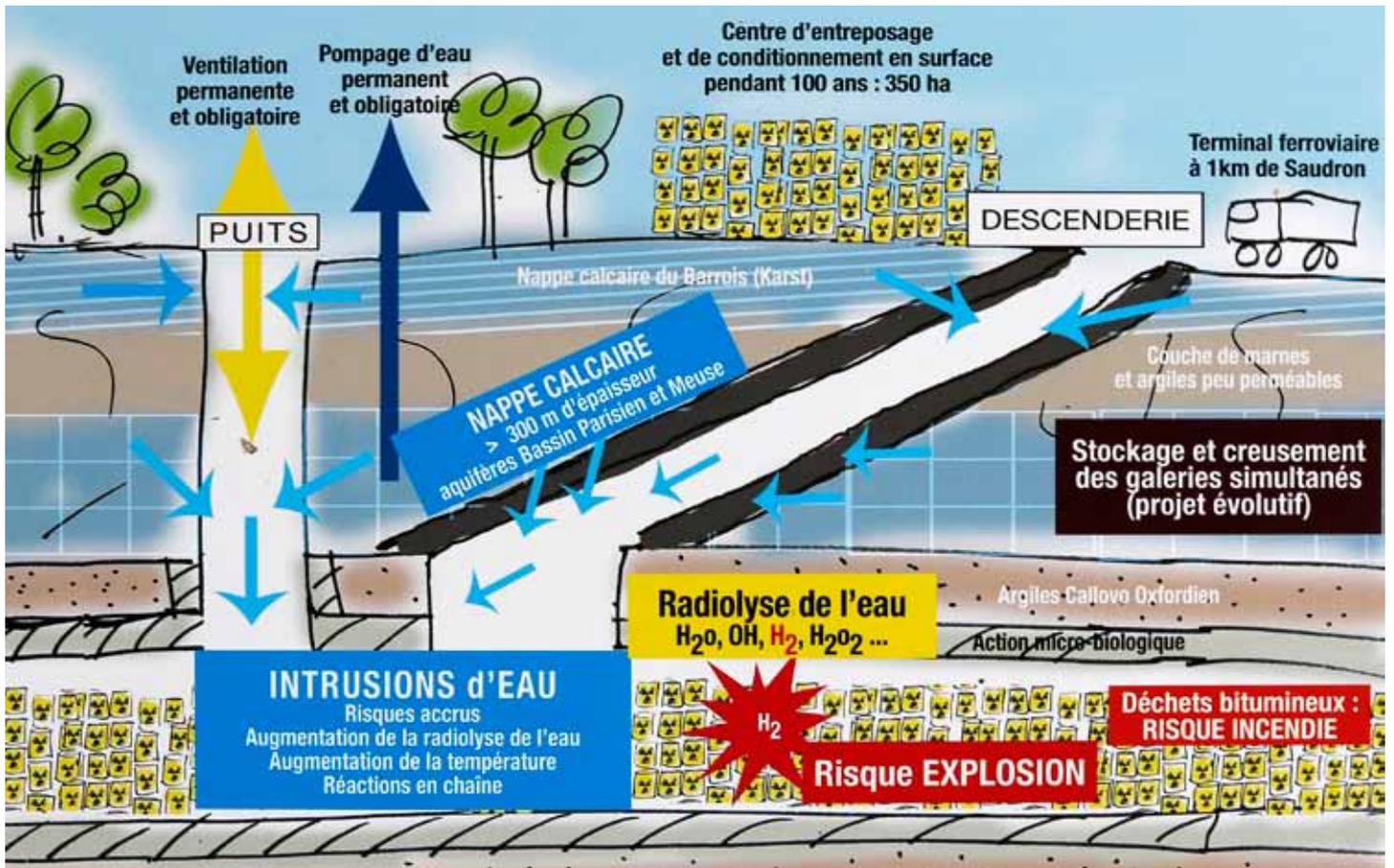
géo schleichend nieder. Dazu zählen ein riesiges Gebäude für das industrielle Archiv des staatlichen Stromkonzerns EDF, eins für das Archiv von AREVA (seit Anfang 2018 in Orano und Framatome umbenannt), mehrere Standorte für die Wartung von AKW-Bauteilen und ein Umschlagplatz für solche Bauteile und AKW-Brennstoffe in Void-Vacon. Neue Lehrgänge, unter anderen in Zusammenarbeit mit AREVA, wurden in Schulen eingeführt. Geplant ist weiter die Niederlassung einer „Blanchisserie“. Dort sollen künftig die verstrahlten Arbeitskleidungen der Arbeiter/-innen der 58 französischen Atomreaktoren dekontaminiert werden. Zum Vorhaben Cigéo gehören auch zahlreiche Bauwerke, Lagerplätze sowie eine 15 Kilometer lange Castor-Bahn samt Umschlagbahnhof an der Erdoberfläche. Auf der „World Nuclear Exhibition“ (Welt-Atom-Messe, WNE) in Paris stellte die Atomlobby 2015 eine Karte mit einem Kreis von 80 Kilometern Durchmesser vor. Das ist die Fläche, die Cigéo in Anspruch nehmen soll. Die Gegner/-innen nennen dies die „Atomifizierung“ der Gegend.

Produktionsstopp und vor allem keine tiefe Einlagerung!“, lautet eine Forderung der meisten Atomkraftgegner/-innen in Frankreich. Die Einlagerung von Atommüll sei keine Lösung und berge große Gefahren. „Wir sind erst bereit, uns mit den Verantwortlichen über den Verbleib des Atommülls zu unterhalten, wenn die Produktion gestoppt und die Auseinandersetzung ernsthaft geführt wird. Die Zivilgesellschaft darf nicht lediglich fürs Image ins Boot geholt werden.“

Die Regierung betont, sie sei für Gespräche mit den „legalen“ Projektgegner/-innen offen. Davon könne aber keine Rede sein, so die Gegenseite, weil der Standort Bure nicht zur Debatte stehe. Unklar sei außerdem wer die „legalen“ Projektgegner/-innen sind. Die Räumung der Waldbesetzung sei ohne Vorwarnung und Rechtsgrundlage erfolgt. Dabei seien nicht nur Hütten und Baumhäuser zerstört, sondern auch der eingetragene Verein Eodra (Association des Elus de Lorraine et Champagne-Ardenne Opposés à l'enfouissement des Déchets Radioactifs) aus dem Wald vertrieben worden, obwohl er Abgeordnete, gewählte Bürgermeister/-innen und Kommunalvertreter/-innen gegen Cigéo vereint und im November 2017 seinen Vereinsitz offiziell in den Wald verlegt hatte.

Die Projektgegner/-innen wollen sich nicht in gute „legale“ und bö-





se „illegale“ Gegner/-innen spalten lassen. Sie bezeichnen die Gesprächsangebote der Regierung als heuchlerisch. Staatssekretär Lecornu habe für den 23. Februar zu Gesprächen über Cigéo eingeladen, wohl wissend, dass am Tag zuvor 500 Militärpolizisten den Wald gewaltsam räumen würden. Die Vereine sagten den Termin daraufhin mit einem kämpferischen Brief ab und mobilisierten stattdessen zu einem lange geplanten Treffen dezentraler Bure-Unterstützungskomitees Anfang März, an dem immerhin 400 Menschen teilnahmen.

Diese Komitees waren nach Durchsuchungen im Widerstandshaus Bure Zone Libre (BZL) und in weiteren Lebensorten von Atomkraftgegner/-innen im letzten Herbst ins Leben gerufen worden. Nach der Räumung der Waldbesetzung im Februar fanden in ganz Frankreich über 70 Solidaritäts-Kundgebungen vor den Präfekturen statt – mehrheitlich durch die Komitees organisiert. Damit soll der Parole „Bure ist überall“ Rechnung getragen werden. In Deutschland hat sich ein Unterstützungskomitee im Wendland gegründet.

Mit Schaubildern wie diesem erläutern Bürgerinitiativen Aufbau und Gefahren des Endlagerprojekts Cigéo im lothringischen Bure.

Der Alltag wird für die Einwohner/-innen rund um Bure zunehmend beschwerlich. Bei vielen von ihnen herrscht Resignation. „Die Polizei kontrolliert und überwacht alles, wir haben kein Leben mehr, aber was sollen wir dagegen tun? Sie haben die Waffen, wir haben nur unsere Höfe“, erzählt ein älterer Bauer. „Wenn ich zu Hause koche, stehen die Gendarmen vor der Tür und filmen uns. Das gehört inzwischen zu unserem Alltag. Es ist ein seltsames Gefühl: Wir sind in einem Dorf mitten im Nirgendwo, werden aber dauerhaft beschattet und ständig kontrolliert“, berichtet ein Aktivist, der seit ein paar Monaten in einem neuen Wohnprojekt in Mandres-en-Barrois wohnt.

Ein anderer hat bei einer Demonstration gegen das geplante Endlager im August einen Fuß durch die Explosion einer Polizeigranate verloren. Die Beamten/-innen behinderten anschließend die Rettung durch Sanitäter/-innen und drangsalierten den mit Schmerzmitteln vollgepumpten Aktivist auf seinem Krankenhausbett mit einem Verhör.

Anfang dieses Jahres wurde die

erste Gefängnisstrafe gegen einen Projektgegner verhängt. Der Aktivist soll Widerstand geleistet haben, als er für eine Hausdurchsuchung um sechs Uhr morgens mit Gewalt aus dem Bett geholt wurde. Andere stehen vor Gericht, weil sie an der Zerstörung der illegal errichteten Mauer der Andra im Bois Lejuc beteiligt gewesen sein sollen, das Urteil steht noch aus. Zwei Aktivist/-innen befinden sich in Untersuchungshaft, weil sie ihre Aburteilung in einem Schnellverfahren ohne Möglichkeit sich zu verteidigen abgelehnt hatten. Andere Prozesse stehen an, unter anderem wegen einer „pelle à tarte“. Der Tortenheber wurde zusammen mit einer Kabeltrommel bei der Kontrolle des Autos eines Projektgegners beschlagnahmt. Der Vorwurf lautet: Verstoß gegen das Waffengesetz.

Die zunehmende Repression in und um Bure hat den Widerstand erstarren lassen und ihn in ganz Frankreich bekannt gemacht. Es werden immer mehr dezentrale Unterstützungskomitees gegründet, unbeugsame „Eulen“ haben schon am Tag nach der Räumung des Bois Lejuc ei-

nige Bäume wieder besetzt, nur um erneut von der Polizei entfernt zu werden. Das Katz-und-Maus-Spiel kann noch lange dauern. Die jüngsten Ereignisse haben Bure und das Thema Atommüll in die Schlagzeilen französischer Zeitungen und Fernsehnachrichten gebracht. Endlich, so sagen Aktivist/-innen, würde auch über die Hintergründe und die Kritik am Vorhaben der Regierung berichtet. Dies kommt im Atomland Frankreich selten vor und ist der langjährigen Arbeit von Bürgerinitiativen ↻³ zu verdanken. Sie leisten nicht nur Widerstand auf der Straße, sondern setzen sich auch mit dem Projekt Cigéo und seinen Gefahren auseinander. Seit über 20 Jahren geben sie Studien in Auftrag, veröffentlichten Analysen und Berichte, organisieren Konferenzen mit kritischen Wissenschaftler/-innen. Sie decken die schleichende Atomifizierung der Region auf sowie die Machenschaften der Regierenden, die mit Geldsegen und Stimmungsmache Akzeptanz für das Endlager schaffen wollen.

Die Andra ↻⁴ arbeitet bereits seit 25 Jahren daran, Akzeptanz für ein Endlager in Bure zu schaffen. Die Gegend ist strukturschwach und dünn besiedelt. Die Bevölkerungsdichte im Dreieck St. Dizier, Nancy und Chaumont mit Bure in der Mitte liegt bei sechs Einwohner/-innen pro Quadratkilometer – und ist damit um ein Vielfaches geringer als im auch schon leeren Wendland. Zahlreiche Politiker/-innen ließen sich von den Geldern des Investitionsfonds GIP (Groupe d'Intérêt Public) locken. Die Kraftwerksbetreiber zahlen in einen Fond ein, der Kommunen für ihre wirtschaftliche Entwicklung zur Verfügung steht. Derzeit erhalten die betroffenen Départements Meuse und Haute Marne jeweils 30 Millionen Euro jährlich. Das Dorf Bure zählt rund 90 Einwohner/-innen und verfügt über ein überdimensioniertes Gemeindehaus sowie auffällige neue Hightech-Straßenlaternen. Das Prinzip ist Wendländer/-innen aus der Gegend rund um Gorleben sattem bekannt.

Endlager in Frankreich

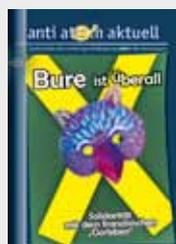
Cigéo in Zahlen

80000 Kubikmeter Atommüll, entsprechend drei Prozent des bis heute produzierten Abfallvolumens und 99 Prozent der Radioaktivität, sollen in Bure eingelagert werden. Das entspricht 100 Jahre lang je 100 Castortransporte à 10 Castoren. Rechnerisch würde alle 80 Minuten ein LKW ins Lager fahren. Allein für den Umschlagplatz und die „Descendrie“ (Rampe ins Lager) ist eine Fläche von 110 Hektar vorgesehen. Auf der Erdoberfläche werden 680 Hektar benötigt. Der Müll soll in 500 Meter Tiefe in einer Tonschicht eingelagert werden. Dem Geologen Antoine Godinot zur Folge besteht diese Schicht jedoch mehr aus Kalkstein als aus Tonstein. Sie ist instabil. In Frankreich darf kein Endlager gebaut werden, wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass künftige Generationen aus Versehen ins Lager hineinbohren, um an die darunter befindlichen Erdressourcen zu gelangen. In Bure wird sich darüber hinweggesetzt: Unter dem Lager befindet sich geothermisches Potenzial. 300 Kilometer unterirdische Stollen sollen entstehen. Der Müll wird in 100 und 500 Meter lange Höhlen hineingeschoben. Aus finanziellen und Platzgründen wird auf Castorbehälter verzichtet. Die Regierung hat für Cigéo 25 Mrd. Euro veranschlagt, der Rechnungshof hält 41 Mrd. Euro für realistisch – ohne Unfall!

Unterstützungskomitee im Wendland

Solidaritäts-Aktionen während der KLP

Im Wendland hat sich ein Bure-Unterstützungskomitee gegründet. Dessen Ziel ist es, mit Plakaten, Flyern und Transparenten auf die Situation in Frankreich hinzuweisen. Während der Kulturellen Landpartie wird es neben Aktionen und Ausstellungen auch Plakate geben. Diese können während auf der Mützingenta und danach im BI-Büro erworben werden. Eine Busfahrt aus dem Wendland nach Bure soll vom 13. bis 17. Juni angeboten werden. Aktuelle Informationen gibt es auf der Webseite der BI.



Mehr Informationen im Heft

Mai-Ausgabe widmet sich dem Thema Bure

Die gerade erschienene Ausgabe der „anti atom aktuell“ widmet sich in mehreren Artikeln ausgiebig dem Thema Frankreich und dem dort geplanten Atom-Endlager Bure. Das Heft ist zur KLP am BI-Info-stand in Mützingen zu bekommen und danach im BI-Büro in Lüchow. Auch auf der Webseite der „aaa“ (www.anti-atom-aktuell.de) kann das Magazin bestellt werden.



Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR:

↻ www.gorleben-rundschau.de/links

↻¹ <http://antiatomnetz-trier.de/informier-dich/endlagerprojekt-bure/>

↻² www.pfaelzischer-merkur.de/polizei-raeumt-atomgegner-lager-in-bure_aid-7556337

↻³ <https://burezonelibre.noblogs.org/>

↻⁴ <http://meusehautemarne.andra.fr/>



Marie Luise Kaschnitz
Steht Noch Dahin

kommentiert von Axel Kahrs

tur, entschleunigt, sinnerfüllt, abseits von den Stresszentren, aber mitten im wahren Leben, angekommen, angenommen – garniert mit entsprechendem Outfit, jahreszeitlich angepasster Kleidung, neuen Gartengeräten und Outdoor-Möbeln, dazu passend selbst gezogenes Obst und Gemüse, die Wolle vom eigenen Schaf, die Kuhmilch vom Ökobauern nebenan ...

Unserer Sehnsucht, die hier allzu bereitwillig bedient wird, liegt immer ein wahrer Kern zugrunde, der Wunsch nach einem Leben, das es wirklich wert ist zu leben. Und die ländliche Idylle, die dabei aufscheint, ist ein utopischer Fixpunkt weg vom grauen Alltag der hektischen Metropolen, doch beide Orte sind untrennbar. Es war die Schriftstellerin Marie Luise Kaschnitz, die, früher als viele andere ihrer Kolleginnen, das reine, erträumte Idyll in Frage stellte. Warum wird im Dorf auf einmal ein „Rosenrondell“ angelegt, warum hängen dort „Geranienkästen am Brückengeländer, steht vor dem Rathaus die alte Feuerspritze, bunt angemalt und mit Fuchsen bepflanzt“? Und wo wird das enden? Ihre Vermutung war, dass sich so die Verstädterung einschleicht, ganz sanft, unaufgeregt, „während ... die ersten Hochhäuser die schweigenden Waldränder schon bald verdecken werden.“

In dem immer noch lesenswerten Buch „Beschreibung eines Dorfes“ dokumentiert die Dichterin an 21 Arbeitstagen in 21 Kapiteln ungeschönt ihren Heimatort Bollschweil bei Staufen (dort liegen Peter Huchel und Hoimar von Ditfurth begraben), weit entfernt von unserer Euphorie: „... man wird nicht entlassen, auch hier nicht, gerade hier nicht, Veränderung über Veränderung.“ Zu viel hatte sie, die im ersten Jahr des 20. Jahrhunderts Geborene, gesehen und erlebt. 1957 schrieb sie ihr „Hiroshima“-Gedicht, in dem sie mit der Legende aufräumte, der Bomber-Pilot sei über seine Tat wahnsinnig geworden, nein, die Banalität des Bösen sah ihn als liebevollen Familienvater, zwischen Hecken und Rosenbüschen den Rasen sprengend.

Wenn das Vorgeze-Landleben oder eine kleine heitere (auch kulturelle) Land-Partie zum Kleister gerät, der Risse und Brüche notdürftig abdeckt, wenn das Erleben der Natur ein folgenloser Ausflug auf Zeit wird, ehe man wieder in die Mühlen des Betriebs einsteigt, dann betrügt sich der Mensch, blendet aus, was ihm weiterhin droht und dräut. Marie Luise Kaschnitz zieht in einem ihrer letzten Bücher die Bilanz ihres Jahrhunderts:

Steht noch dahin, ob wir eines natürlichen Todes sterben, ob wir nicht wieder hungern, die Abfalleimer nach Kartoffelschalen durchsuchen ... Ob wir uns fortstehlen rechtzeitig auf ein weißes Bett oder zugrunde gehen am hundertfachen Atomblitz, ob wir es fertigbringen mit einer Hoffnung zu sterben, steht noch dahin, steht alles noch dahin.“

Sieh zu, dass Du *Dein* Land gewinnst!

Sieh zu, dass Du Land gewinnst!“ Diese ursprünglich als Aufforderung, ja Drohung angesehene Redewendung wies auf die weitläufigen Regionen außerhalb der Stadt hin, dort, wo man untertauchen, sich verstecken konnte in abgelegenen Dörfern, in Wald und Flur. Doch klingt auch Hoffnung und Zukunft mit, heilsame Auszeiten andeutend: anlanden, Land gewinnen, festen Boden unter die Füße bekommen.

Wer heute lebt, kann auch erkennen, wie der Aufruf zum Thema „Land“ Gewinn in finanzieller Sicht bringt – ein Blick in den Zeitungsladen oder Bahnkiosk zeigt die Verführungen zurück zur Natur in Form von Landlust, Landluft, Landleben, Landzauber, Landliebe, Landidyll: Der Markt boomt. Eine Fata Morgana taucht vor dem stauenden Leser auf, ein heiles Leben im Einklang mit der Na-

Reinhard Mey

Protest auch von Mey

von Andreas Conradt



Hey Füchschen, siehst du Isegrimm,
den Ehrenmann,

Das noble Wams mit dem Desig-
nertüchlein dran?

Wie er so erdverbunden scherzt,
bemüht, sich anzubiedern.

Wie er so freundlich tut, wie er so
volksnah lacht,

Wie er auf „ich bin doch auch ei-
ner von Euch!“ macht.

Der Isegrimm beginnt, mich an-
zuwidern.

Hat er doch lange schon verges-
sen, wo und wer wir sind,

Vor Geltungssucht zerfressen und
vor Machtgier blind,

Sieht er sich nur noch selbst, der
aufgeblas'ne Gockel.

Der beim Försterball noch eben
mit der Wölfin tanzt

Und dreist schon hinterm Schup-
pen mit der Ziege ranzt,

Will jetzt mit eit'lem Ehrgeiz auf
den Sockel.

Du hast gesehen, wie Isegrimm die
Treue bricht.

Und wenn er dir das Blaue vom
Himmel verspricht:

Füchschen, glaub' ihm nicht!

Hör was der alte Reineke dir sagt:

Wenn auch nur der aller kleinste
Zweifel an dir nagt,

Füchschen, glaub' ihm nicht!

Text & Musik: Reinhard Mey
Erschienen auf: Flaschenpost

Wer an deutschsprachige Protestlieder denkt, dem fallen Hannes Wader ein, Konstantin Wecker natürlich, später auch Heinz-Rudolf Kunze. Und Reinhard Mey. Wie bitte? Der Reinhard Mey, der in den aufgewühlten 60er- und 70er-Jahren als „Scheißliberaler“ beschimpft wurde? Der in pastellartigen Farben Liebeslieder und in oft derber Manier Bilder aus dem Alltag „ganz normaler Leute“ gemalt hat? Der die Faszination der Fliegerei in melancholischen Texten beschrieb? Ja, der!

Der gebürtige, überzeugte und immerwährende Berliner hat eine erstaunliche Wandlung durchgemacht. Sichtbar wird das an Meys Plattencovern: Die frühen Alben zeigen ihn kurzhaarig in Jacket, Latzhose oder gar im Bademantel mit Dackel auf dem Arm. Auf den jüngeren CDs dagegen sieht man einen weisen Rebell in Lederjacke und mit zweifelndem Blick, einen, der heute mehr Fragen hat denn je, mehr Fragen jedenfalls als Antworten. Und hörbar ist Meys Wandlung auch: Als buchstäblich alle Welt gegen Krieg sang, gegen Atomkraft, gegen das Leid der Welt, war Reinhard Mey der Gegenpol. Er wollte wie Orpheus singen, schrieb an seinen schlafenden Hund und verstieg sich gar zur Aussage „Alles ist gut“.

Zarte Aquarelle hat Reinhard Mey damals gemalt, gelegentlich auch schwere Ölgemälde, aber immer doch abgeschlossene Bilder mit einem irgendwie guten Ausgang. „Ich kann den nicht hören“, hat man sagen hören, „sonst muss ich sofort heulen!“

Leute zum Weinen zu bringen mit poetischen Liedern und Erinnerungen an die „gute alte Zeit“, schafft Reinhard Mey auch heute noch behutsam und scheinbar mühelos. Doch inzwischen kann er auch anders, wagt er mehr, ist er vielleicht einfach wütender als früher. Es ist sicher seiner neuen Begeisterung für den Wassersport zu verdanken, wenn er, um allen Säulen der an Deutschlands Demokratie wirkenden Gruppen ein Armutszeugnis auszustellen, auf ein Bild aus der Seefahrt zurückgreift und textet: „Der Steuermann lügt, der Kapitän ist betrunken // Und der Maschinist in dumpfe Lethargie versunken // Die Mannschaft lauter meineidige Halunken // Der Funker zu feig' um SOS zu funken. // Klabaubermann führt das Narrenschiff // Volle Fahrt voraus und Kurs auf's Riff.“

Ein Thema, das sich durch Meys jüngeres Werk zieht: Kritik an gesellschaftlichen Zuständen, an Entwicklungen gegen die Demokratie hin zu Verrohung und, ja auch, Verblödung. Dabei schafft er es („Klaar Kimming, Rüm Hart!“), auch Selbstzweifel zu thematisieren, vor allem aber, den Opfern der enger werdenden Gesellschaft ein Gesicht und ihnen ihre Würde zurückzugeben. Gnadenlos ins Gericht geht Reinhard Mey aber mit den Urhebern dieser negativen Entwicklungen, für dieses hehere Ziel ist ihm auch eine Anleihe bei Goethes Reinicke Fuchs (s. Textausschnitt links) ein legitimes Mittel.

Und sein Wandel ist Mey selbst natürlich bewusst, mehr noch: Das Preisgeben linker Ideale scheint ihm nachzugehen und ihn zu einer Wiedergutmachung zu drängen. Hatte er zu Beginn seiner Karriere noch über seine feministische Freundin Annabelle gelästert, nimmt er dreißig Jahre später in dem Stück „Der Biker“ Bezug auf seinen eigenen Text und schreibt: „Deine Ideale, will mir heute scheinen, waren gar nicht so weit weg von meinen. Doch das zuzugeben war ich viel zu blöd und stolz.“



Wegen Widerstands ins Wendland

Portrait Liebe unterm Atomzeichen: Ellen und Jürgen lernen sich bei Anti-Atom-Demos in ganz Norddeutschland kennen und verstärken ihre „Zusammenarbeit“ – auch auf privater Ebene. Ein Umzug ins Wendland erscheint da als eine konsequente Folge. Helga Wallat hat sich die Geschichte der beiden erzählen lassen.

Ellen und Jürgen Liebich sind seit 2001 in Salderatzen ansässig und eins der – vermutlich nicht wenigen – Paare, die sich durch den Anti-Atomkraft-Widerstand kennengelernt haben. Begonnen hat ihre gemeinsame Geschichte in der Norderstedter Bürgerinitiative Umweltschutz (BI), die sich in den frühen Jahren der Anti-Atom-Bewegung gebildet und regelmäßig zu den großen Demonstrationen nach Brokdorf, Grohnde, Kalkar und Gorleben mobilisiert hatte. Jürgen, der als gelernter Maschinenbaumeister zu Beginn der Atomkraft gegenüber noch durchaus aufgeschlossen war, beeindruckte der große Widerstand. Er motivierte ihn, sich mit dem Thema intensiver zu beschäftigen und führte ihn zur BI Norderstedt. Dort or-

ganisierte er alle Aktionen und Demos, zu denen die BI aufrief, mit. Natürlich war er 1980 bei der Platzbesetzung 1004 dabei, baute am Hüttendorf mit und bedauert noch heute, dass er nicht länger freinehmen konnte; dann hätte er auch die Räumung mit erlebt. Auch an der von der BI herausgegebenen Zeitung SANDKORN war Jürgen beteiligt.

Ellen stieß Anfang der 80er-Jahre zur BI, und von da an waren beide häufig gemeinsam bei Demos und Aktionen in Gorleben. Konsequenterweise wurde dann, 1995, im Wendland geheiratet. Als 2000/2001 innerhalb weniger Monate zwei Castortransporte und entsprechende Demos stattfanden, war das Anlass für Ellen und Jürgen, sich nach einer festen Unterkunft im Wendland umzuschauen. Erst als „Freizeit- und Demo-Domizil“ geplant, wurde das Wendland wenige Jahre später ausschließlicher Wohnort.

Für Ellen hieß das, eine neue Arbeitsstelle zu finden, was schließlich gelang, zu mindestens in der Nähe des Wendlands. Durch die jahrelange „Polit-Reisetätigkeit“ waren Kontakte zum wendländischen Widerstand

und seinen Aktivisten entstanden, was die Neuansiedlung erleichterte. Auch im Dorf trafen sie auf Gorleben-Gegner, Mitglieder der Bäuerlichen Notgemeinschaft, an deren Aktionen sie teilnahmen. Jürgen: „Eigentlich müssten wir dem ganzen Atomkram dankbar sein, weil wir dadurch so viele tolle Leute kennengelernt haben.“ Beide fühlen sich heute als echte Wendländer und engagieren sich neben dem Widerstand auch für andere Belange ihrer neuen Heimat. Ellen hat schon während ihrer Berufstätigkeit mit verschiedenen sozialen Projekten begonnen und plant Weiteres für die demnächst beginnende Rentnerinnenphase. Jürgen arbeitet – nach vielen Jahren Engagement für die Tierhilfe Wendland – mit vollem Einsatz für den Verein „Natur- und Kulturbad Wittfeitzen“, der im Sommer 2018 das Waldbad mit biologischer Klärung, also ohne Chlor, eröffnen wird.

Unabhängig von solchen und anderen Aktivitäten: Wenn der Gorleben-Widerstand ruft sind sie auch in Zukunft dabei. Sie können sich beide nicht vorstellen, „mit diesem Thema aufzuhören“, die Anti-Atomkraft-Geschichte sei ein großer und wichtiger Teil ihres Lebens.

“ Wir müssen dem ganzen Atomkram dankbar sein, weil wir so tolle Leute kennen gelernt haben

Jürgen Liebich





Science Fiction im Wendland! Oder doch nicht? Urheber dieser düsteren Computer Generated Images (CGI) ist der in Gartow ansässige Filmgrafiker Arthur Schrödinger. „Das Projekt heißt GORLEBEN_RELOADED (Anno 2050) und orientiert sich an Orten, die einen hohen Bekanntheitsgrad haben.“ Zu sehen ist eine Transformation der heutigen Castorhalle des Zwischenlagers oder Luftbilder der gesamten Atomanlagen in Gorleben. Andere Bilder zeigen den Hafen in Gorleben oder den Funkturm auf dem Hühbeck. „Diese Orte werden in die Zukunft transferiert, in der sich ja später so Manches als eine Tatsache erweist. Das

Projekt soll die Sinne für die Gefahren einer in die Zukunft verlagerten oder gar gescheiterten Endlagersuche schärfen helfen.“ Eine Ausstellung, in der auch animierte Videos gezeigt werden, wird während der Kulturellen Landpartie auf dem neuen Wunde.r.punkt in Gartow unweit Gorleben präsentiert.

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de



Lass dich bewegen, verwöhnen,
verwirren, erfreuen, beeindrucken,
unterhalten, aktivieren, informieren,
locken und verführen durch ein
**VOLLES KLP PROGRAMM
AN DEN ATOMANLAGEN
IN GORLEBEN**

**kulturelle
WIDERSTANDSPARTIE**

**PfingstFreitag
18. Mai 2018
ab 14.00 Uhr**

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name..... Vorname.....
Straße..... Hausnummer.....
PLZ, Ort..... E-Mail.....
Datum..... Unterschrift.....

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Informationsmaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR

monatlich EUR

Kontoinhaber..... Name der Bank.....

BIC..... IBAN.....

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

www.bi-luechow-dannenberg.de

